

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

**Forum Politik
und Gesellschaft**

The background of the entire slide is a repeating pattern of small, dark grey icons representing a male figure and a female figure. The icons are arranged in a grid, with the male icon (a simple silhouette with a small circle for a head) and the female icon (a silhouette with a small circle for a head and a skirt-like shape at the bottom) alternating in a regular pattern across the entire surface.

Andreas Kemper
Dezember 2014

Keimzelle der Nation – Teil 2

Wie sich in Europa Parteien und
Bewegungen für konservative
Familienwerte, gegen Toleranz
und Vielfalt und gegen eine
progressive Geschlechterpolitik
radikalisieren



INHALT



VORWORT



INHALT

	VORWORT	4
1	EINLEITUNG	10
2	FRAKTIONELLE UND INTERFRAKTIONELLE ARBEIT IM EU-PARLAMENT HINSICHTLICH DER GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITISCHEN POSITIONEN	14
2.1	Fraktionen und Interessengruppen in der AfD	17
2.1.1	Römisch-katholische Neuevangelisierung	17
2.1.2	Amerikanische Aktivitäten in Europa	19
2.1.3	Miteinbeziehung islamischer Gruppen	23
2.1.4	Russische Aktivitäten	23
2.1.5	Maskulinistische Männerrechtsszene	25
2.2	Europa-parlamentarische geschlechterpolitische Aktivitäten	26
2.2.1	Familialistische NGOs	26
2.2.1.1	„New Women for Europe“	26
2.2.1.2	CARE for Europe	29
2.2.2	Familialistische interfraktionelle Arbeitsgruppen	30
2.2.3	Aktuelle geschlechterthematische Auseinandersetzungen im EU-Parlament	31
2.2.3.1	Berichte: Estrela und Lunacek	31
2.2.3.2	Europäische Bürger_innen-Initiative „One of Us“	33
2.3	Ergebnisse der Wahlen zum Europa-Parlament 2014 hinsichtlich einer konservativen Geschlechter- und Familienpolitik	36
2.4	Zugehörigkeit der AfD zu einer Europäischen Fraktion und zu einer Europäischen Partei	37
2.5	Zur Situation AfD im Europäischen Parlament hinsichtlich geschlechterpolitischer Fragen	38
2.6	Geschlechterpolitische Aktivitäten der AfD im Europa-Parlament	39
3	LANDESPOLITISCHE ENTWÜRFE UND STELLUNGNAHMEN DER AFD ZUR FAMILIENPOLITIK (ELTERNWAHLRECHT, KINDERRENTEN-MODELL)	40
3.1	Einleitung	42
3.2	Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen 2014	43
3.3	Wahlprogramm der AfD Thüringen	50
4	AKTIVITÄTEN DER AFD GEGEN SEXUALPÄDAGOGISCHE REFORMEN	52
5	FAZIT	58
	GLOSSAR	64
	LITERATUR	74

In Europa formiert sich gerade eine Bewegung für konservative Familienwerte, gegen Toleranz und Vielfalt und gegen eine progressive Geschlechterpolitik. Besonders in Stuttgart, aber auch in Köln, Leipzig, München und Hannover trugen 2014 Anhänger_innen traditioneller Familienwerte, fundamentalistische Christ_innen sowie alte und neue Rechte ihren Zorn gegen die Pläne der Landesregierungen auf die Straße, Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Paaren in der Schule zu unterrichten. Sie mobilisierten tausende besorgte Eltern für ihren Protest.

Das Vorbild für die Proteste ist Frankreich, wo unter dem Motto „Demo für alle“ („La Manif Pour Tous“) mehrfach Hunderttausende gegen Ehe und Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare auf die Straße gingen. Erschrockene Beobachter_innen sprachen vom „Erwachen des reaktionären Frankreichs“ (Le Monde) und von einer französischen Tea Party (Deutschlandfunk). Ebenfalls kein rein nationales Phänomen ist der „Marsch für das Leben“ der radikalen Abtreibungsgegner_innen, der Jahr für Jahr in Berlin stattfindet und immer mehr an Zulauf gewinnt. Die Europäische Bürgerinitiative „One of us“ – ein professionell agierender Zusammenschluss „zum Schutz des menschlichen Embryos“, der sein Anliegen geschickt mit der Angst vieler Bürger_innen vor Stammzellenforschung verknüpfte – sammelte fast zwei Millionen Unterschriften für eine entsprechende Petition.

Die Initiativen haben – neben einem gewissen inhaltlichen Zusammenhang – weitere Gemeinsamkeiten: Es sind außerparlamentarische Bewegungen von rechts, die von dort den Deutungskampf um Begriffe wie Freiheit und Fortschritt eröffnet haben. Sie reklamieren für sich, für die „schweigende Mehrheit“ zu sprechen; sie inszenieren sich als unkonventionelle „Tabubrecher“ – gegen das politische „Establishment“ und gegen die „Denkverbote“ eines angeblich „linken Mainstreams“ („Anti-PC-Strategie“). Sie nutzen virtuos die sozialen Medien und sind in der Lage, Massenproteste zu simulieren – eine Strategie, die aus den USA übernommen wurde und „Astroturfing“ genannt wird (abgeleitet von „Astroturf“ = Kunstrasen).

Darüber hinaus sind diese Initiativen gegen das Recht auf Abtreibung, gegen „Gender“ und gegen die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren längst nicht mehr nur im zivilgesellschaftlichen Bereich bzw. in Splitterparteien verankert, sondern stellen inzwischen eine kritische Masse an Abgeordneten im Europäischen Parlament. Die Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2014 stärkte die „Angstparteien“, also diejenigen, die an die Furcht der Bürger_innen appellieren: vor dem Euro, vor Zuwanderung, vor Kriminalität und vor dem Zerfall der traditionellen Familie. Zu diesen Parteien gehören die United Kingdom Independence Party (UKIP) und Marine Le Pens Front National genauso wie die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) und die Alternative für Deutschland (AfD), die mit sieben Abgeordneten ins Europäische

Parlament eingezogen ist. Angetreten als „Anti-Euro-Partei“, schärfte sie in den Landtagswahlkämpfen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ihr familien- und geschlechterpolitisches Profil. Was hinter der Anti-Euro-Fassade sichtbar wird, weist in die Vergangenheit und verändert die Landkarte der familien- und geschlechterpolitischen Positionen in Deutschland.

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat der Soziologe Andreas Kemper bereits vor der Wahl zum Europäischen Parlament die programmatische Verschiebung der AfD von der Anti-Euro-Partei zur Anti-Gender-Partei beschrieben („Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD“). Nun legt er mit der Studie „Keimzelle der Nation – Teil 2“ die Fortsetzung vor. Andreas Kemper beschreibt die konservativen geschlechter- und familienpolitischen Netzwerke und Bewegungen in der Europäischen Union, die Kontroversen im EU-Parlament, die Aktivitäten der AfD auf EU-Ebene und ihre familien- und geschlechterpolitischen Entwürfe für Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Kemper schildert eine Partei, die als gut vernetzte Kampagnenplattform fungiert und die trotz des reaktionären Dreiklangs aus Law and Order, Fremdenfeindlichkeit und 50-Jahre-Familienbild zweistellige Wahlergebnisse erhält. Er resümiert: „Das ‚Mut zu‘ der AfD ist eine Erkennungsformel für aggressive Rückwärtsgerichtetheit!“

Christina Schildmann

Forum Politik und Gesellschaft

1

EINLEITUNG

Die vorliegende Studie erscheint nach der Wahl zum Europa-Parlament, die Ende Mai 2014 stattfand. Sie kann als Ergänzung zur Expertise „Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD und mögliche Verstrickungen mit den radikalen Abtreibungsgegner_innen“ betrachtet werden, die ich für die Friedrich-Ebert-Stiftung im März 2014 vorlegte (Kemper 2014).

Während sich die AfD bis zur Europawahl in einer Konsolidierungsphase befand, wird es mit dem Einzug in das Europäische Parlament, wo die AfD sieben Prozent erreichte, und mit dem Einzug in das Sächsische Landesparlament, wo sie mit zehn Prozent überraschte, für die AfD ernst. Sie kommt nicht mehr mit einem vierseitigen Wahlprogramm aus, welches sie noch zur Bundestagswahl mit dem Hinweis, sie sei eine neue Partei, entschuldigen konnte.

Die Europa-Wahl zwang die AfD, sich einer bestimmten Fraktion im Europäischen Parlament anzuschließen und sich damit entsprechend einer bestimmten politischen Orientierung zuzuordnen. Zugleich reichte es bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen nicht aus, sich als Anti-Euro-Partei zu profilieren. Frauke Petry, Bundessprecherin und Landessprecherin von Sachsen, teilte daher in einem Interview mit der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit mit, die AfD sei in Sachsen in erster Linie nicht eine Anti-Euro-Partei, sondern eine Familienpartei. Und sie ergänzte: Familienpolitik, das dürfe man heute wieder sagen, sei Bevölkerungspolitik.

Diese Expertise wird auf drei Bereiche der geschlechter- und familienpolitischen Bestrebungen der AfD eingehen. Zunächst wird die Europapolitik betrachtet. Da die AfD soeben erst in das Europa-Parlament eingezogen ist, bietet sich eine Analyse der Kräfte an, die bislang die Geschlechter- und Familienpolitik mit den Zielvorstellungen gestalten wollen, die auch bei der AfD zu finden sind. Im Folgenden wird also versucht, das genderpolitische Netzwerk zu skizzieren, mit dem die AfD voraussichtlich arbeiten wird.

Da die AfD nicht vom Himmel gefallen ist, sondern im eigenen Entstehungsprozess selber auf Netzwerke wie z. B. die Zivile Koalition e.V. zurückgreifen konnte, bestehen bereits „Verstrickungen“ dieser Netzwerke. Da schon in der vorangegangenen Expertise die geschlechter- und familienpolitischen Zielvorstellungen der AfD herausgearbeitet und diese Positionen mit z. B. dem Landeswahlprogramm Sachsen der AfD präzisiert worden sind, lässt sich anhand dieser Ergebnisse das potenzielle Netzwerk eruieren, in das sich die AfD im Europa-Parlament einfügen wird.

Die Geschlechter- und Familienpolitik der AfD kennzeichne ich im folgenden Text als „Familialismus“. Hiermit ist eine politische Forderung gemeint, die ein eng normiertes Bild einer „funktionierenden Familie“ als „Keimzelle der Nation“ voraussetzt. Ideo-

logisch geht dieses Leitbild auf Fichtes „Grundlage des Naturrechts“ (1796) und „Das System der Sittenlehre“ (1798) zurück (Schaeffer-Hegel, 134 f.).

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei Christina Schildmann und Sebastian Scheele, ohne deren Zutun der zweite Teil dieser Studie nicht in dieser Form möglich gewesen wäre, und bei Neil Datta, Regina Frey und Karin Heisecke für den spannenden inhaltlichen Austausch.

2

**FRAKTIONELLE UND
INTERFRAKTIONELLE
ARBEIT IM EU-PARLAMENT
HINSICHTLICH DER
GESCHLECHTER- UND
FAMILIENPOLITISCHEN
POSITIONEN**

2.1 FRAKTIONEN UND INTERESSENGRUPPEN IN DER AFD

Die zugrunde liegenden Recherchen dieser Expertise machen vier Richtungen eines antifeministischen Backlash (Rückschlag) aus, die trotz unterschiedlicher Motivationen und Akteure miteinander vernetzt sind. Zunächst fallen römisch-katholische Akteure auf. Tatsächlich hat der Vatikan zu einer Neuevangelisierung in den Ländern aufgerufen, die bereits einmal evangelisiert worden sind. An den antifeministisch-homophoben Großdemonstrationen in Spanien und Frankreich waren neben Katholik_innen auch rechte Gruppen beteiligt, die sowohl bevölkerungspolitisch als auch anti-islamisch argumentierten. Interessanterweise erhielt diese Bewegung von russischer Seite Unterstützung. Unter Putin ist ein Gesetz gegen „homosexuelle Propaganda“ erlassen worden. Zumindest in ersten Ansätzen beteiligen sich auch islamische Organisationen an den antifeministischen/heterosexistischen Protestbewegungen. Als vierte Quelle dieses geschlechterkonservativen Backlash wäre die maskulinistische Männerrechtsbewegung zu nennen. Bei dieser Bewegung handelt es sich um eine moderne Form des Antifeminismus, der nicht geschlechterkonservativ-familialistisch argumentiert, sondern Männer als Opfer eines omnipräsenten „Staatsfeminismus“ betrachtet.

2.1.1 Römisch-katholische Neuevangelisierung

Zur Neuevangelisierung im Zusammenhang mit den Massenprotesten gegen gleichberechtigte Partnerschaften teilte der französische Politologe Jean Yves Camus mit:

„Seit der ‚Neuen Evangelisierung‘, zu der Johannes Paul II gleich zu Beginn seines Pontifikats aufgerufen hatte, sind viele Katholiken in Frankreich überzeugt, dass sie außerhalb der Kirche aktiv werden müssen. Und dass sie, wie Johannes Paul II sagte, keine Angst haben dürfen, die Botschaft der Katholiken in die Politik zu tragen. Katholische Familienverbände und Vereine der Diözesen haben bei der Mobilisierung gegen die ‚Ehe für Alle‘ eine ganz zentrale Rolle gespielt. Und man hat sogar etwas gesehen, was man seit 30 Jahren nicht mehr erlebt hatte: Bischöfe – und nicht die geringsten unter ihnen – Monseigneur Vingt Trois, der Erzbischof von Paris, und Monseigneur Barbarin, der Erzbischof von Lyon, sind persönlich auf die Straße gegangen und haben die Demonstranten unterstützt.“ (Jean Yves Camus; zit. n. Woller 2014)

Im Juni 2010 errichtete Papst Benedikt XVI. zudem den „Päpstlichen Rat zur Förderung der Neuevangelisierung“, um die Neuevangelisierung effizienter voranzutreiben. Zudem wurden missionarische Orden wie die Legionäre Christi und deren Apostolatsbewegung Regnum Christi vom Vatikan rehabilitiert. Vor allem in den europäischen Staaten, die römisch-katholisch geprägt sind, kam es in den letzten Jahren zu verschiedenen Großdemonstrationen, die von geschlechterkonservativen Forderungen geprägt waren.

Im Dezember 2008 fand ein Protestmarsch in Madrid gegen die gleichgeschlechtliche Ehe statt. Die gleichgeschlechtliche Ehe war in Spanien 2005 gegen heftigen Protest der katholischen Kirche und der konservativen Oppositionspartei PP eingeführt worden. An den Demonstrationen nahm eine sechsstellige Zahl von Katholik_innen teil. Papst Benedikt XVI. grüßte die Demonstrierenden mit einer Botschaft, die über Großbildleinwände übertragen wurde. Im Rahmen dieser Kundgebungen kritisierten Bischöfe von Bilbao und Madrid sowohl die Homo-Ehe als auch Abtreibungen. (Spiegel-Online 2008)

Im Oktober 2009 fand eine Großdemonstration in Madrid mit über einer Million Teilnehmer_innen unter dem Motto „Jedes Leben zählt“ statt. Diesmal ging es um die Verhinderung der Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Wieder wurde von der katholischen Kirche – u. a. in Gottesdiensten – und der konservativen Partei PP zur Demonstration aufgerufen. (Spiegel-online 2009)

Wenige Jahre später fanden ähnliche Massenproteste auch in Frankreich statt. Diese Massenproteste wiesen eine neue Qualität auf, da es nicht bei verbalen Aggressionen blieb, sondern seitens der Demonstrant_innen häufiger zu gewalttätigen Ausschreitungen kam.

Am 23.03.2013 demonstrierten in Paris nach Polizeiangaben 300.000 Menschen gegen die geplante Liberalisierung des Ehegesetzes, die als „Ehe für alle“ auch Schwulen und Lesben die Möglichkeit zur Ehe inklusive Adoptionsrecht einräumen sollte. Es kam zu Straßenschlachten, die nach Polizeiangaben von rechtsextremen Kreisen ausgingen. 290 Demonstrant_innen wurden festgenommen. Aufgerufen zu den Protesten hatte die französische Organisation „Demo für alle“. Auch Parteien waren an den Kundgebungen beteiligt, unter anderem die rechtsextreme Front National und die konservative Oppositionspartei UMP. Eine erzkatholische Gruppierung hatte sich zu einer separaten Kundgebung formiert. (taz 2013)

Diese Demonstrationen setzten sich auch 2014 in Frankreich fort. So folgten parallel in Paris 80.000 und in Lyon 20.000 Menschen dem Aufruf zur „Demo für alle“ („Le Manif pour Tous“) gegen die „Ehe für alle“. Diese Demonstration grenzte sich vom zuvor stattgefundenen „Tag des Zorns“, „Le Jour de colère“, ab, an dem sich rechte und rechtsextreme Gruppen beteiligten, unter anderem der der Pius-Bruderschaft nahestehende katholische Verein Civitas und Beatrice Bourges „Le Printemps Francais“.

Sowohl ein Vertreter der Civitas als auch Beatrice Bourges sprachen wenige Wochen später in Köln bei einer Demonstration gegen die sogenannte „Frühsexualisierung“ an Schulen, die von den „Besorgten Eltern NRW“ organisiert wurde. Es ginge darum, die Proteste aus Frankreich nun auch in andere Länder zu tragen.

2.1.2 Amerikanische Aktivitäten in Europa

Sowohl in Lateinamerika als auch in den USA sind in den letzten Jahren Organisationen und Bewegungen entstanden, die zunehmend auch in Europa an Einfluss gewinnen.

In Mexiko ist der Orden der Legionäre Christi beheimatet, dem die apostolische Bewegung Regnum Christi zur Seite steht. Aufgrund ihrer Nähe zu reichen Unternehmern werden die Legionäre Christi auch „Millionäre Christi“ genannt. Sie sollen über ein Vermögen von 2,5 Milliarden US-Dollar verfügen. Nachdem die sexualisierte Gewalt des Gründers der Legionäre Christi gegenüber Jungen in den Knabenseminaren bekannt wurde, ist der Vatikan auf Distanz zu den Legionären Christi gegangen. Im Zuge der Neuevangelisierung wurden seit einigen Jahren wieder vermehrt europäische Legionäre zu Priestern geweiht. Regnum Christi gibt das Magazin „Zenit“ heraus. Bestandteil ihrer apostolischen Mission ist eine Pädagogik, die die Heiligenverehrung und Beichte beinhaltet.

In Deutschland stellte der Unternehmer Michael Bommers den Legionären Räume zur Verfügung. Bommers ist Mitglied beim Bund Katholischer Unternehmer. Er ist der Leiter des Arbeitskreises „Religiöse Spiritualität“. Die Aktivitäten dieses Arbeitskreises werden mitunter von Legionären Christi begleitet. Bommers hielt auch eine Rede zur Einweihung des Kindergartens von Regnum Christi in Düsseldorf.

Das Ehepaar Klaus und Birgit Kelle scheint dieser Verbindung zwischen Bommers und den Legionären ebenfalls nahestehen. Birgit und Klaus Kelles Artikel finden sich häufig im rechtskonservativen Magazin FreieWelt.net der AfD-Politikerin Beatrix von Storch, und Birgit Kelle organisiert über die Website „Demo-für-alle.de“ die Stuttgarter Demonstrationen gegen den Bildungsplan 2015 der grün-roten Landesregierung von Baden-Württemberg. Auch Demo-für-alle.de gehört zum Netzwerk des Ehepaares Sven und Beatrix von Storch. So ist die Sekretärin, die die spirituellen Veranstaltungen von Michael Bommers im Rahmen des Bundes Katholischer Unternehmer organisiert, zugleich stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Frau2000plus“ von Birgit Kelle. Eine GmbH von Birgit Kelle hatte kurzzeitig dieselbe Adresse wie die Legionäre Christi in Düsseldorf, und zwar auf dem Unternehmensgelände von Herrn Bommers. Das Ehepaar Kelle saß bereits zusammen mit Legionären Christi auf dem Podium, lobte am letzten Katholiken-Tag die apostolischen Gruppen und zeigte auch auf den persönlichen Facebook-Seiten deutliche Sympathien für die Legionäre. Zudem folgte Birgit Kelle einer Reihe von Einladungen von Regnum Christi.

In Brasilien sind die „Vereinigungen zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum“ beheimatet. Die erste Gruppe wurde 1960 von Plinio Correa de Oliveira

gegründet. Diese Bewegung ist in ihrem extremen Anti-Egalitarismus bestrebt, die „Katholische Hierarchie“ wiederherzustellen. Die erstrebte Ungleichheit ist dabei durchaus als eine hierarchische Ungleichheit zu verstehen, die sich durch alle Lebensbereiche ziehen soll: der Mann als Oberhaupt der Familie, das Volk als „Untertanen“ der Regierung, die Vorherrschaft der geistigen über die körperliche Arbeit, die Anerkennung überlegener erblicher Aristokratie. Gott habe die Welt ungleich und hierarchisch eingerichtet, wer Ungleichheit hasse, hasse mithin Gott. Diese Inhalte finden sich in einem von drei Hintergrundartikeln mit dem Titel „Die Diktatur der Gleichheit und die katholische Alternative“ (Solimeo 2014) auf der Website der TFP Deutschland.

Mitte der 1980er Jahre kritisierte der TFP-Gründer Oliveira die „immer frecher auftretenden Homosexuellen“, die Straflosigkeit für Homosexualität und die Nachgiebigkeit der katholischen Kirche. (Oliveira 2014)

1990 sammelte die TFP weltweit über fünf Millionen Unterschriften für die Unabhängigkeit des katholisch geprägte Litauen – das stellte die bis dahin weltweit umfangreichste Unterschriftenaktion dar. TFP-Delegationen wurden noch in den letzten Jahren vom litauischen Parlament empfangen. In Litauen wurde 2010 das sogenannte „Moralgesetz“ verabschiedet, welches Kinder und Jugendliche u. a. vor „homosexueller Propaganda“ schützen soll.

Der Präsident der „Deutschen Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum“ ist Mathias von Gernsheim. Die Gesellschaft hat wie die „Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur (DVCK)“¹ ihren Sitz in Bad Homburg. Mit der aktuellen apostolischen Kampagne „Das Herz Jesu Apostolat für die Zukunft der Familie“ soll das „soziale Königreich des Heiligsten Herzen Jesu“ „intronisiert“ werden, hierzu sei es notwendig, „die Familie, die konstituierende Zelle der Gesellschaft, zu regenerieren“.

Neben den katholisch-apostolischen familialistischen Einflüssen aus Lateinamerika sind evangelikal-familialistische Einflüsse aus den USA zu verzeichnen. Hier sind vor allem das „American Center for Law and Justice“ und der „World Congress of Family“ zu nennen.

Das „American Centre for Law and Justice (ACLJ)“ wurde 1990 vom evangelikalen Fernsehprediger Pat Robertson gegründet. Robertson benannte 1992 Jay Sekulow zum Direktor und Chefanwalt von ACLJ. Acht Jahre nach dessen Entstehung wurde bereits das European Centre for Law and Justice (ECLJ) als europäischer Ableger

[1] Präsident der DVCK ist Benno Hofschulte; Untergruppierungen sind „Kinder in Gefahr“ und „Aktion SOS Leben“

gestartet, mit Jay Alan Sekulow und Thomas Patrick Monaghan als Gründungsmitglieder. General-Direktor des ECLJ ist Grégor Puppinc. Er ist zugleich Präsident des Europäischen Komitees der Europäischen Bürgerinitiative „One-of-us“, die, inspiriert durch ähnliche Ideen in den USA, Entwicklungshilfe stoppen lassen will, wenn eine der daran teilnehmenden Organisationen nicht den „Lebensschutz“-Auflagen für Embryonen entspreche. Auf die EBI „One-of-us“ wird später noch ausführlicher eingegangen werden.

2012 wurde vom ACLJ das „Slawian Centre for Law and Justice“ (SCLJ) mit 300.000 Dollar aufgebaut (Blue 2014). Wie Miranda Blue ausführt (Blue 2014), arbeitet die ECLJ mit der russisch-orthodoxen Kirche zusammen. Auch hierzu später mehr.

Eine weitere US-amerikanische Organisation, die Einfluss auf die europäische Familien- und Geschlechterpolitik nimmt, ist der World Congress of Family (WCF). Es handelt sich dabei um ein Netzwerk von familialistischen Organisationen und Einzelpersonen aus – nach eigenen Angaben – über achtzig Staaten. Das Ziel sei es, die „natürliche Familie“ als die „fundamentale soziale Einheit und das ‚Saatbeet‘ der bürgerlichen Gesellschaft“ zu restaurieren. Gegründet wurde der WCF 1997 von Allan Carlson. Der WCF ist ein Projekt des Howard Center for Family, Religion & Society in Rockford, Illinois/USA.

Interessanterweise fand keiner dieser Kongresse in den Vereinigten Staaten statt. Von den sieben Kongressen waren fünf in Europa, einer in Mexiko City und der letzte Kongress in Sydney. Die Frequenz der Veranstaltungen wird dabei höher, inzwischen scheinen jährlich Kongresse stattzufinden.² Für dieses Jahr war der Kongress „Every Child A Gift: Large Families – The Future of Humanity“ in Moskau geplant. Er sollte vom 10. bis 12. September an staatstragenden Orten wie dem Kreml, der Duma, der Lomonossow-Universität und der Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau stattfinden. Aufgrund der Ukraine-Krise wurde der Kongress abgesagt.

Zur Zusammenarbeit zwischen dem US-amerikanischen WCF und russischen Organisationen heißt es:

„WCF has been active in Russia since its founding in 1995. Professor Anatoly Antonov of Lomonosov Moscow State University – one of the nation’s foremost demographers and a member of the organizing committee for WCF VIII – was present at the conception. That activity increased dramatically with Father

[2] Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Studie fanden sieben Kongresse statt: Prag (1997), Genua (1999), Mexico City (2004), Warschau (2007), Amsterdam (2009), Madrid (2012), Sydney (2013)

Maxim Obukhov's presentation at WCF IV (Warsaw) in 2007, the appointment of Alexey Komov as regional representative in Russia and the CIS in 2010, and the world's first Demographic Summit at the Russian State Social University in 2011. The Summit was the first international gathering devoted exclusively to the coming crisis resulting from the worldwide decline of fertility. It was followed by a second Demographic Summit in the Russian region of Ulyanovsk in 2012. (World Congress of Families News 2014: 1 f.)

Am WCF in Warschau nahmen 2007 verschiedene EU-Parlamentarier teil. Der WCF 2012 in Madrid wurde vom Kampagnen-Netzwerk CitizenGo auf deren Websites gehostet.

Sowohl die US-amerikanische fundamentalistische Lobbyorganisation „American Centre for Law and Justice“ als auch das ebenso fundamentalistische Netzwerk „World Congress of Family“ üben nicht nur Einfluss in Westeuropa aus, sondern vernetzen zusätzlich konservativ-familialistische Organisationen aus der Russischen Föderation, Europa und den Vereinigten Staaten.

J. Lester Feder teilt in einem aktuellen Artikel (Feder 2014) mit, dass nach Recherchen der US-amerikanischen Gruppe „People for the American Way“ 2012 mehrere Millionen Dollar allein von den größten christlich-fundamentalistischen Organisationen nach Europa geflossen seien:

„A review of tax disclosures conducted by the progressive advocacy group People for the American Way found that several U.S. groups — many of which boomed in the 1990s — had recently invested in conservative drives across Europe: The American Center for Law and Justice, founded by Pat Robertson, sent \$ 1.1 million to its European branch, the European Center for Law and Justice, in 2012, which is the most recent year for which tax disclosures are available. Another group founded by well-known American social conservatives called the Alliance Defending Freedom spent more than \$ 750,000 on European programs that year. The Federalist Society, which promotes conservative legal philosophy, reported spending nearly \$ 800,000 in “conferences and seminars” in Europe that year. Personhood USA, a small Colorado-based group that has tried to pass ballot measures that would give fetuses the legal status of “persons” — a strategy for rolling back abortion rights that is controversial even among pro-life activists — poured \$ 400,000 into Europe in 2012, just after one of its ballot measures went down in flames in Mississippi.” (Feder 2014)

Ob direkt oder indirekt AfD-nahe Netzwerke von diesen Transaktionen profitierten, ist im Rahmen dieser Studie nicht untersucht worden.

2.1.3 Miteinbeziehung islamischer Gruppen

Im Zuge der Massenproteste in Frankreich kamen neue Themen hinzu, wie zum Beispiel die sogenannte „(Früh-)Sexualisierung“ des Schulunterrichts. Hier sind die Aktivitäten von Faridah Belghou zu nennen. Sie beteiligte sich zunächst an den französischen Protesten gegen die Gleichstellung schwuler/lesbischer Partnerschaften. Seit einiger Zeit organisiert sie Schulboykotts gegen Sexuaufklärung – „Journée de Retrait de l'École“. Hierdurch wurde ein Bündnis zwischen Katholik_innen und Muslim_innen hergestellt. Während an den Protesten gegen die Homo-Ehe vor allem das Milieu aus der Mittelschicht beteiligt ist, finden die heteronormativ-religiös geprägten Schulboykotte fatalerweise in den ärmeren Stadtvierteln von Paris, den Banlieus, statt. Auch Faridah Belghou nahm (zusammen mit Beatrice Bourges und einem Vertreter von Civitas) an einer Demonstration in Köln teil, um eine internationale Protestbewegung aufzubauen.

Obwohl die antifeministischen Protestbewegungen mit nationalkonservativen und rassistischen Einstellungen einhergehen, hindert dies nicht den Schulerschluss mit islamisch orientierten Organisationen. So verfasste das konservativ geprägte „Forum deutscher Katholiken“ eine Erklärung, die den Islam als „natürlichen Verbündeten“ im Kampf gegen die „Kultur des Todes“ sehe (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2009).

Diese Position bleibt widersprüchlich. So schrieb Jürgen Liminski noch 2004 in der monatlichen Zeitschrift „Der Fels“ des „Forum deutscher Katholiken“:

„Heute haben die Perversen und die Feigen das Sagen. [...] Das Problem heute ist: Wir können uns diese Feigheit nicht mehr leisten. Nicht nur, weil das deutsche Volk auszusterben droht. [...] Nein, weil unser Kontinent und unsere Kinder und Enkel vom Islam bedroht sind.“ (Liminski 2004: 323 f.)

Erstmals sprach auch bei der Demonstration in Stuttgart gegen den „Bildungsplan 2015“ ein Vertreter einer islamischen Organisation.

2.1.4 Russische Aktivitäten

Osteuropa ist unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten anders zu betrachten als Westeuropa. So stellten Miriam Hoheisel und Susanne Baer 2008 fest:

„In den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten zeigen sich teilweise andere Prozesse, aber oft ähnliche Bedarfe. So greifen hier Prozesse der Globalisierung und des Übergangs vom sozialistischen zum kapitalistischen System ineinander. Dabei sind die Kosten der Transformation durchaus geschlechtsspezifisch und oft zu Lasten von Frauen in bestimmten Lebenslagen verteilt. Gleichstellungsforderungen werden nicht selten als externe Zumutung oder unpassende Ideologie abgewehrt, nachdem die EU

sowie die internationale Staatengemeinschaft gerade im Vorfeld des EU-Beitritts als Motor für Gleichstellungspolitik wirkten und vorrangig rechtliche Fortschritte in Anpassung an das Regelungsniveau der EU verbucht werden konnten.“ (Hoheisel/Baer 2008: 3 f.)

Unter Wladimir Putin wurden in der Russischen Föderation unter Beifall der russisch-orthodoxen Kirche Gesetze gegen „homosexuelle Propaganda“ erlassen. Putin verwendete bei einem der jährlich stattfindenden Waldei-Konferenzen in einer Rede ein bevölkerungspolitisches Vokabular, welches sowohl Versatzstücke aus christlich-fundamentalistischen („Satan“) als auch bevölkerungsbiologischen („direkter Weg zum Verfall“) Ideologien aufnahm:

„Wir sehen, wie viele euroatlantische Länder faktisch den Weg der Absage von den eigenen Wurzeln, darunter von den christlichen Werten gegangen sind, die die Grundlage der westlichen Zivilisation bilden. [...] Abgelehnt werden die moralische Grundlage und auch jede traditionelle Identität – die nationale, die kulturelle, die religiöse und selbst die rechtliche. [...] Betrieben wird eine Politik, die eine kinderreiche Familie und eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft gleichsetzt, der Glaube an Gott und an Satan [...]. Die Exzesse der Politikkorrektheit gehen so weit, dass eine Registrierung von Parteien, die die Propaganda von Pädophilie zum Ziel setzen, ernsthaft behandelt wird. [...] Menschen in vielen europäischen Ländern schämen sich und haben Angst, von ihrer religiösen Zugehörigkeit zu sprechen. Selbst Feste werden abgeschafft beziehungsweise anders bezeichnet, womit das Wesen des Festes schamvoll versteckt wird. [...] ein direkter Weg zum Verfall und zur Primitivität sowie zu einer tiefen demografischen und moralischen Krise.“ (Putin 2013)

Es bleibt jedoch nicht bei Gesetzen und entsprechenden Ansprachen in Russland, sondern mit dem russischen Staatsfunk und dem „Institut de la Démocratie et de la Coopération“ wird auch Einfluss auf die geschlechter- und familienpolitische Gestaltung in West-Europa genommen. So berichtete die russische staatliche Rundfunkanstalt „Die Stimme Russlands“ ausführlich und durchgehend positiv über die Demonstrationen gegen die Homo-Ehe in Frankreich.

Das „Institut de la Démocratie et de la Coopération“ mit Sitz in Frankreich wurde 2008 zur Förderung eines „positiven Russlandbildes“ gegründet. Es finanziert sich aus russischen Spenden, die in Frankreich nicht genau offengelegt werden müssen. Geleitet wird das Institut von Natalia Narochnitskaya. Natalia Narochnitskaya war Abgeordnete in der Duma und Vize-Präsidentin des Auswärtigen Ausschusses der Duma. Sie ist aktiv in der russisch-orthodoxen Kirche und gehörte zur russischen Parlamentsdelegation des Europarates.

Natalia Narochnitskaya organisierte zusammen mit Jürgen Elsässer 2013 die homophobe Veranstaltung „Für die Zukunft der Familie“ in Leipzig. So heißt es auf der Website zur Veranstaltung:

„Damit uns die deutsche Misere nicht den Blick auf Lösungen verstellt, haben wir mit Hilfe unseres Kooperationspartners Institut de la Démocratie et de la Coopération (IDC) in Paris – Präsidentin ist Natalia Narotchnitskaya, Direktor John Laughland – wieder internationale Referenten gefunden: Die Publizistin Béatrice Bourges berichtet über den Volkswiderstand gegen die Schwulenehe in Frankreich. Aus Russland kommen die Präsidentin des Familienausschusses der Duma, Elena Misulina, und ihre Stellvertreterin Olga Batalina, die die neue putinsche Politik zur Familienpolitik federführend mit ausgearbeitet haben.“ (Für die Zukunft der Familie! 2013)

Am „Institut de la Démocratie et de la Coopération“ treten Führungskader der rechtsextremen Front National, wie z. B. Aymeric Chauprade, als Dozenten auf. Ebenso wurde Beatrice Bourges, die vom konservativen Bündnis „Demo für alle“ ausgeschlossen wurde, weil ihre Forderungen zu extrem waren, zu einem Vortrag zur „Verteidigung der Familie“ eingeladen. (Wiegel 2014)

Marine LePen wurde in der Russischen Föderation vom Vorsitzenden der Duma, Sergej Naryschkin, und dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses der Duma, Alexej Puschkow, empfangen. Dort lobte Marine LePen Putin dafür, dass er sich nicht der „internationalen Homo-Lobby unterwerfe“: „Putin ist ein echter Patriot. Mit ihm können wir die christliche Zivilisation retten.“ (Wiegel 2014)

Zugleich drängten auch familialistische Organisationen mit Sitz in den Vereinigten Staaten, wie das American Center for Law and Justice, bzw. seine Ableger European Center for Law and Justice/Slavic Center for Law and Justice, und der World Congress of Family auf eine Zusammenarbeit mit Organisationen in Russland. So teilt WCF auf seiner Homepage mit, dass der achte WCF eigentlich im September 2014 in Moskau stattfinden sollte. Er wurde aber aufgrund der Ukraine-Krise abgesagt, wie oben bereits ausgeführt wurde.

2.1.5 Maskulinistische Männerrechtsszene

Während die bislang genannten Gruppierungen familialistisch orientiert waren, hat im Laufe des letzten Jahrzehnts vor allem im deutschsprachigen Raum eine antifeministische Bewegung von sich Reden gemacht, die nicht zwingend den Familialismus teilt bzw. familialistischen Positionen, insbesondere wenn sie mit einem „Mutterkult“ verbunden sind, kritisch bis feindlich gegenübersteht. Die Rede ist von der antifeministischen Männerrechtsbewegung, deren Vertreter sich „Maskulisten“ nennen.

Diese Szene wirft einem vermeintlich omnipräsenten „Staatsfeminismus“ („Femokratie“) vor, Männer und Männlichkeit zu unterdrücken. Sie schließt an der Väterrechtsbewegung an, ist aber deutlich ideologischer und stärker in der rechten Szene bzw. Ideologie verankert. Der Maskulismus war seit Jahrzehnten vor allem in den Vereinigten Staaten stark. In den letzten Jahren hat sich auch in Deutschland eine zunehmend aggressiver auftretende maskulistische Szene im und über das Internet verbreitet. Hinsichtlich der Bedeutung der Rolle der Mutter gibt es zwischen familialistisch-religiös motivierten und maskulistischen Ansätzen Differenzen (weiterführend: Gesterkamp 2010; Kemper 2011; Rosenbrock 2012; Kemper 2012; Claus 2014).

2.2 EUROPA-PARLAMENTERISCHE GESCHLECHTERPOLITISCHE AKTIVITÄTEN

2.2.1 Familialistische NGOs

2.2.1.1 „New Women for Europe“

Die feministisch orientierte „European Women’s Lobby (EWL)“ ist mit den 2500 Organisationen, die sie vertritt, eine der größten Dachverbände. Konservative Politiker_innen versuchen gegen diesen Dachverband nichtfeministische Frauenorganisationen in Stellung zu bringen. Hier ist die NGO „New Women for Europe“ zu nennen.

„Recently, its position [Europeans Women’s Lobby (EWL)] has been challenged by conservative women’s group New Women for Europe (NEW) that promotes family and pro-life issues and finds the EWL to be ideologically too feminist and too much on the left. The presence of NWE [sic!] in European Parliament’s hearings on equality has been promoted by conservative MEPs and has in some cases overtaken that of the EWL.“ (Roland Augustin 2011: 251 – 2) (Kantola/Nousianinen 2012: 46)

Die Organisation „New Women for Europe“ (NWFE) ist ein Dachverband mit Sitz in Brüssel. Nach eigenen Angaben wurde der Zusammenschluss von über 75 Frauen- und Familien-Verbänden aus siebzehn Staaten Europas im März 2003 gegründet und vertritt damit rund 500.000 Mitglieder. (Jamborová 2009) Auf der aktuellen Website der NWFE (Stand: August bis September 2014) finden sich keine Angaben zu den Verbänden, keine Namen verantwortlicher Vorstandsmitglieder und keine Angaben zur Gründungsgeschichte.

Zum siebenköpfigen Vorstand der NWFE gehören bzw. gehörten nach eigenen Angaben Nathalie d’Ursel (Präsidentin), Andrea Ettl (Vize-Präsidentin von 2002 – 2009), Jana Jamborová (Generalsekretärin) und Birgit Kelle (2010 in den Vorstand („Board“) gewählt.

„New Women of Europe“ ist seit dem 03.01.2012 im Transparenzregister des Europäischen Parlaments angelegt, welches am 03.01.2014 zum letzten Mal aktualisiert wurde. Danach vertritt „New Women for Europe“ 50 Einzelpersonen³ und 28 Organisationen mit insgesamt 1098 Mitgliedern.

Zu der dort aufgelisteten Gruppierung „Lobby Leben“ findet sich im Internet nichts, außer dass Birgit Kelle Vorsitzende dieses Vereins ist, die ja zugleich Vorsitzende des dort aufgelisteten Vereins Frau2000plus ist. Das Gesamtbudget im Geschäftsjahr 2012 betrug 2.876 Euro. Es sind keine Personen dieser Organisation für die Zugänge zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlamentes akkreditiert. Präsidentin der Organisation ist Nathalie d’Oultremont.

Die Angaben, mindestens 75 Organisationen mit einer halben Millionen Mitglieder zu vertreten und einen „Beobachterstatus“ im Europäischen Parlament zu haben, decken sich nicht mit denen im Transparenzregister.

Im Juli 2002 wurde vom Europa-Parlament die „Entschließung des Europäischen Parlaments zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten“ (Europa-Parlament 2002) angenommen, die u. a. „empfiehlt, dass Abtreibung zur Gewährleistung der reproduktiven Gesundheit und Rechte der Frau legal, sicher und für alle zugänglich sein sollte“, und sie „fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer auf, jegliche Verfolgung von Frauen, die illegal abgetrieben haben, zu unterlassen“.⁴

[3] AFAMMER (17 Mitglieder), ACTION FAMILLE/ACTIE GEZIN (150 Mitglieder), ÁNO PRE ZIVOT (20 Mitglieder), Asociación MUJER, FAMILIA & TRABAJO (15 Mitglieder), Association FAMILLE d’OULTREMONT (200 Mitglieder), AVENIR DE FEMMES (5 Mitglieder), CHANT D’OISEAU/VOGELZANG (20 Mitglieder), ESPOIR POUR LES FEMMESn (5 Mitglieder), FAMILLATHLON (15 Mitglieder), FEMINA EUROPA (50 Mitglieder), FEMME CONTEMPORAINE (50 Mitglieder), FEMMES ET MEDIATION (5 Mitglieder), FEMME+ (5 Mitglieder), FÓRUM ZIVOTA (39 Mitglieder), FRAU 2000plus (20 Mitglieder), FUNDACIÓN DE AYUDA A LAS VIUDAS (50 Mitglieder), FUNDACIÓN MADRINA (30 Mitglieder), GOOD SHEPHERD SISTERS (30 Mitglieder), HUNGARIAN WOMEN’S ALLIANCE (17 Mitglieder), LES TROIS POMMIERS (10 Mitglieder), LOBBY LEBEN (20 Mitglieder), MERURBAN (50 Mitglieder), MULHERES EM ACCAO (50 Mitglieder) NOVA ZENA (15 Mitglieder), SOUFFLE DE VIE (5 Mitglieder), SZILÁGYI ERZSÉBET CHARITY (15 Mitglieder), TOLERANCIA ZERO (15 Mitglieder), UNACOPL (150 Mitglieder)

[4] 2013 sollte der Bericht erneuert werden, da inzwischen das Europäische Parlament um viele Staaten aus dem Osten erweitert wurde, in denen zum Teil restriktive Abtreibungsgesetze herrschen. Der von Edite Estrela verfasste Bericht wurde jedoch nach mehrfachen Anläufen zurückgewiesen.

Die Gründung der NWFE erfolgte im Zusammenhang mit den Protesten gegen eine Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes in Portugal. So teilt die apostolische Gruppe „Lichtzeichen e.V.“ der Schönstatt-Bewegung 2004 mit:

„Lichtzeichen e.V. beteiligte sich erfolgreich an einer Unterschriftenaktion, die das Netzwerk NEW WOMEN FOR EUROPE initiierte. Hier setzen sich europaweit christliche Frauenorganisationen und alle Frauen ein, die mitarbeiten können, um da einzutreten, wo die Würde der Frau verletzt wird. Anlass der Kampagne war die Verabschiedung eines neuen Gesetzes in Portugal für die Legalisierung der Abtreibung. Die Unterschriftenaktion zielte darauf, Politiker / öffentliche Entscheidungsträger aufzufordern, Frauen über die negativen Auswirkungen einer Abtreibung auf deren Gesundheit zu informieren.“ (Lichtzeichen 2004)

Beteiligt war die Gruppe „Associação Mulheres em Acção“ („Assoziation der Frauen in Aktion“), die sich als die portugiesische Koordinatorin von „New Women for Europe“ versteht. Zu den Grundsätzen der Gruppe zählen unter anderem

- *geschlechtliche Komplementarität von Frauen und Männern*
- *Familialismus: Familie als Grundstruktur der Gesellschaft; Erziehungsrecht der Familie; Anerkennung der Familienarbeit*
- *Lebensschutz*

New Women for Europe tritt für ähnliche Werte ein:

- *“focussing on the real needs of the family”*
- *“monitoring the best interests of the child”*
- *“respecting the free choice of parents”*
- *“appreciating investments in human capital within the framework of the family”*
- *“offering a range of services and tools (pro-family measures)”*
- *„apply family mainstreaming“*
- *“not discriminating against those who have freely chosen to care of their children in their early years”*

- *“breaking down stereotypes in the view of and approach to these parents”*
- *“acknowledging the irreplaceable role of the family within the framework of intergenerational solidarity”*
- *“supporting the exchange of experience and good practise within the EU” (Jamborová 2009)*

Im März 2006 veranstaltete der polnische Europa-Abgeordnete Konrad Szymansky (PiS) zusammen mit Ari Vatanen (UMP) die Konferenz „Reproduktive Rechte – Fakten, keine Ideologie!“ In der Erklärung von Szymansky wendet sich diese Konferenz, die in den Räumen des Europäischen Parlaments stattfand, gegen die „sehr aggressive Lobby der Feministinnen“ im Europäischen Parlament. Redner_innen kamen aus den NGOs „Matercare International“, „CARE for Europe“ und „New Women for Europe“. Für die „New Women for Europe“ hielt Andrea Ettl den Vortrag. (Biuro Prasowe PiS 2006)

2.2.1.2 CARE for Europe

„CARE for Europe“ („Christian Action Research & Education for Europe“) ist nach Auskunft des Transparenzregister-Eintrags eine europäische christliche Nichtregierungsorganisation mit 60.000 Mitgliedern und einem Gesamtbudget von circa 184.000 Euro. „CARE for Europe“ setzt sich ein „für die Förderung der Menschenwürde entsprechend der jüdisch-christlichen Tradition“ in verschiedenen sozialpolitischen Feldern, einschließlich

- *Soziale, Familie und Gleichstellungspolitik*
- *Schutz von Frauen und Kindern*
- *Bioethik & Fragen der öffentlichen Gesundheit*
- *Medienstandards*

„CARE for Europe“ hat einen Sitz in Brüssel. Verantwortliche Person ist David Fieldsend. „CARE for Europe“ ist nicht als Dachverband gekennzeichnet.

Auf der Website von „CARE for Europe“ ist zu lesen:

„Wir werden von Kirchen und Einzelmitgliedern aus ganz Europa unterstützt und vertreten deren Sichtweise in Bezug auf den Wert des menschlichen Leben [sic!].“

[...] CARE für Europa sehnt sich nach einem Europa, daß [sic!] an ihren [sic!] christlichen Werten festhält und sich zu einer Union entwickelt in der jeder Mensch mit Würde behandelt wird. Durch ihre Lobbyarbeit versucht sie Europäische Politik mit den Werten von Jesus Christus zu prägen. Indem CARE für Europa auf Europäischer [sic!] Ebene aktiv ist, kann sie auch die Politik auf der nationalen Ebene mitgestalten.“ (CARE für Europa 2014)

CARE for Europe war in jüngster Zeit an zwei Kampagnen beteiligt: der Europäischen Bürger_innen-Initiative⁵ One-of-Us und der Zurückweisung des Estrela-Berichts:

„In this regard we have actively promoted the seminal European Citizens’ Initiative, ‘One of Us’, which asks the Commission to introduce a law prohibiting the use of EU monies for these purposes. Nearly 2 million people have signed the One of Us petition!

We have also been fighting hard against anti-life parliamentary reports most notably Mrs Estrela’s seeking to create a ‘right for abortion’ and the sexualizing of young children through school classes. Happily this was defeated twice!” (CARE for Europe 2014)

Mit der Kampagne „EU-Elections 2014 – The Issues. The Candidates. The Results“ wurden speziell Gender-Themen aufgegriffen, wie zum Beispiel die Kampagne One-of-Us und die EU-Berichte von Ulrike Lunacek („Fahrplan gegen Homophobie und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität“) und Edite Estrela („Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte“). Es wurden die Positionen der Parteien zu diesen Themen dargestellt und nahegelegt, Politiker_innen/Parteien zu wählen, die sich für „One-of-Us“ und gegen die Berichte von Estrela und Lunacek ausgesprochen hatten.

2.2.2 Familialistische interfraktionelle Arbeitsgruppen

Interfraktionelle Gruppen im Europäischen Parlament haben keine Entscheidungsbefugnis und dürfen nicht im Namen des Europäischen Parlamentes sprechen. Um eine interfraktionelle Gruppe gründen zu können, müssen aus drei Fraktionen Abgeordnete Unterschriften abgeben. Jede Fraktion hat nur eine bestimmte Anzahl von Unterschriften, die von der Größe der Fraktion abhängt (in der Legislaturperiode 2009 – 2014 zwischen

[5] Europäische Bürgerinitiativen (ECI) sind offizielle Petitionen für Gesetzesänderungen der EU. Um eine ECI erfolgreich durchzuführen, müssen sich Aktivst_innen aus mehreren EU-Staaten zusammenschließen und in ihren Staaten eine Mindestanzahl von Stimmen sammeln. Zusammen müssen innerhalb eines Jahres eine Millionen Stimmen erzielt werden. Werden alle Bedingungen erreicht, muss sich die Europäische Kommission mit dem Anliegen befassen.

fünf und 21 Unterschriften). Familialistische Positionen wurden vor allem in den Fraktionen zur Familie und zu den Rechten bzw. dem Schutz des Kindes vertreten. Unter dem Vorsitz von Maria Panayotopoulos-Cassiotou bildete sich am 16. Dezember 2004 die interfraktionelle Gruppe „Family and the Protection of the Child“. Unter dem Vorsitz von Anna Záborská, Miroslav Mikolasik und Margrete Auken wurde am 1. Juli 2010 die interfraktionelle Gruppe „Family and the Rights of the Child & Bioethics“ ins Leben gerufen. Bei dieser „Intergroup“ fällt auf, dass Abgeordnete aus der Fraktion der Grünen eher an Bioethics, Abgeordnete aus konservativen Fraktionen eher an „Family and the Rights of the Child“ interessiert waren.

Zur Intergroup „Family and the Rights of the Child“ zählte der Gründer der Front National Jean-Marie Le Pen (Frankreich). Es finden sich auch Abgeordnete, die an antifeministischen Welt-Kongressen der Familie (World Congress of Family) teilnahmen (Carlo Casini (Italien), Jaime Mayor Oreja (Spanien), Konrad Szymanski (Polen), Anna Záborská (Slowakei)).

2.2.3 Aktuelle geschlechterthematische Auseinandersetzungen im EU-Parlament

An dieser Stelle wird auf aktuelle familien- bzw. geschlechterpolitische Auseinandersetzungen innerhalb des EU-Parlamentes eingegangen: die Berichte der MdeU Edite Estrela und Ulrike Lunacek sowie die ECI „One of us“. Hier kann auf die vorangegangene Expertise „Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise“, S. 37 – 40 (Kemper 2014) verwiesen werden.

2.2.3.1 Berichte: Estrela und Lunacek

Berichte des Europäischen Parlamentes sind als Empfehlungen für die Mitgliedstaaten zu verstehen, sie haben keine bindenden Wirkungen, können aber in den Mitgliedstaaten politische Entscheidungen stärken.

2002 wurde der Bericht zu „Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte“ verabschiedet. Er umfasste die Themen Verhütung, unerwünschte Schwangerschaften und Abtreibung, sexuelle und reproduktive Gesundheit von Jugendlichen/Sexualerziehung und sexuelle und reproduktive Gesundheitspolitik der Europäischen Union im Allgemeinen. (Europa-Parlament 2002)

Die Passage 12 „empfiehlt, dass Abtreibung zur Gewährleistung der reproduktiven Gesundheit und Rechte der Frau legal, sicher und für alle zugänglich sein sollte“, und 13 „fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer auf, jegliche Verfolgung von Frauen, die illegal abgetrieben haben, zu unterlassen“. Diese führten in einigen Mitgliedstaaten mit restriktiven Abtreibungsgesetzen zu heftigen Auseinandersetzungen.

Zehn Jahre später sollte insbesondere aufgrund der Osterweiterung der EU der Bericht zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte erneuert werden. Die Diskrepanz dieser Rechte in den Mitgliedstaaten sei groß. In den ost- und südeuropäischen Mitgliedstaaten fänden sich „entweder mangelhafte oder gar keine Sexualerziehungsprogramme“ (Europa-Parlament 2013). Dies korreliere mit den „höchsten Geburtenraten und Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen bei Jugendlichen in den osteuropäischen Mitgliedstaaten“ (ebd.). Insbesondere in den Staaten Spanien und Ungarn würden zudem die Rechte von Frauen auf reproduktive Selbstbestimmung zunehmend angegriffen. Im „Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter“ wurde die portugiesische MdEU Edite Estrela damit beauftragt, diesen Bericht zu verfassen, der fortan unter dem Titel „Estrela-Bericht“ diskutiert werden sollte.

Die konservative Europa-Abgeordnete Anna Zaborska wandte sich in ihrer Minderheitendarstellungen im Ausschuss gegen den Bericht, u. a. nannte sie in diesem Zusammenhang die ECI „One of us“, deren vollständige Umsetzung sich nicht mit den Empfehlungen des Berichts zu Abtreibungsfragen verträglich (ebd.). Während die Kritik von Anna Zaborska den Schutz von Embryonen in den Mittelpunkt stellte, mobilisierten konservative und kirchliche Gruppen diesmal vor allem auch Passagen zur Sexualerziehung.

Insbesondere die gegenüber 2002 modernisierten Passagen zu der „umfassenden Sexualerziehung und den Jugendrechten“ wurde skandalisiert. Der Bericht sah vor, den Zugang der Jugendlichen zu sexuellen Darstellungen kritisch in der Sexualerziehung zu berücksichtigen und antidiskriminierend „eine positive Sichtweise von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgender-Personen“ zu vermitteln. Der Bericht wurde nach mehreren Anläufen – auch in abgeschwächter Version, in der die Kritik zum Teil aufgenommen wurde – abgelehnt.

Edite Estrela und Cornelia Ernst, Abgeordnete der Partei Die Linke, berichteten von einer Flut von Spammails (vgl. Kemper 2014: 38 f.). Cornelia Ernst machte in einer Erklärung Beatrix von Storch (Spitzenkandidatin der Partei Alternative für Deutschland für die EU-Parlamentswahl 2014) für die Angriffe mitverantwortlich:

„Die Europäische Bürgerinitiative ‚Einer von uns‘ <http://www.1-von-uns.de/>, die den Stopp von EU-Geldern für Bevölkerungskontrolle und Familienplanung fordert, wird von Familien-Schutz.de unterstützt. <http://www.familien-schutz.de/was-sind-uns-unsere-kinder-wert-interview-mit-einer-krippenerzieherin/> Familien-Schutz.de wiederum ist eine Initiative der ‚Zivilen Koalition‘, die starke Nähe zur Alternative für Deutschland (AfD) hat. <http://www.zivilekoalition.de/> Beatrix von Storch, die im Vorstand der ‚Zivilen Koalition‘ ist, ist auch Kandidatin der AfD.“

Tatsächlich wurde in der Online-Zeitung Freie Welt, welches zum Netzwerk der Zivilen Koalition zählt, die Bedeutung dieses Netzwerkes indirekt hervorgehoben:

„Die Europäische Bürgerinitiative EINER VON UNS und die Initiative Familienschutz – beide angeführt von Hedwig von Beverfoerde – organisierten eine Demonstration vor dem Europäischen Parlament in Straßburg und riefen zum E-Mail-Protest gegen die Beschlussvorlage auf.“ (Die Freie Welt 2013)

Hedwig von Beverfoerde betreibt die zu der Zivilen Koalition e.V. gehörende Internet-Präsenz Familienschutz.de. Sie wurde vom evangelikalen „Lebensschutz“-Netzwerk IDEA zur „politischen Christin“ des Jahres 2013 für ihr Engagement gegen den Estrela-Bericht und für die ECI „One of us“ ernannt.

2013 wurde von den konservativ-christlichen Kräften gegen einen weiteren Bericht mobilisiert. Der Bericht sieht einen „europäischen Fahrplan gegen Homophobie“ vor und wurde von der österreichischen Grünen Ulrike Lunacek vorgelegt. Der Bericht „fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die einschlägigen Einrichtungen auf, gemeinsam eine umfassende Politik zum Schutz der Grundrechte von LGBTI-Personen über einen Zeitraum von mehreren Jahren zu erarbeiten“ (Lunacek 2014).

Auch Ulrike Lunacek berichtete von zahlreichen persönlichen Anwürfen und einer Flut von 40.000 Spammails. (Fülbeck 2014) Der Lunacek-Bericht wurde verabschiedet.

Es blieb nicht bei den verbalen Attacken gegen Ulrike Lunacek. Sie wurde anscheinend gezielt während der Regenbogenparade am 14. Juni 2014 mit einem Buttersäure-Anschlag angegriffen. (Der Standard 2014) Der Täter ist inzwischen überführt worden. Er gilt als unzurechnungsfähig, konnte also nicht belangt werden. Da er bereits häufiger Buttersäure-Anschläge auf Tierrechtsaktivist_innen verübt hatte, verlangte Ulrike Lunacek, das psychiatrische Gutachten zu überprüfen.

2.2.3.2 Europäische Bürger_innen-Initiative „One of Us“

Die europäische Bürger_innen-Initiative „One of Us“ forderte drei Gesetzesänderungen zum Schutz der Embryonen. Sie überschritt das notwendige Quorum von einer Million Unterschriften mit insgesamt 1,74 Millionen Unterschriften. Davon stammten 623.000 aus Italien, in der auch die Fondazione Vita Nova sitzt, die zu den Initiatorinnen der Bürger_innen-Initiative zählt und sie mit 120.000 Euro sponsorte. Konkret wurde gefordert:

- *„Im Hinblick auf Handlungen, welche die Zerstörung von menschlichen Embryonen bewirken oder voraussetzen, dürfen keine Haushaltsmittel zugewiesen werden.“ [...]*

- *Folgende Forschungsgebiete werden nicht unterstützt: (...) ‚Forschungstätigkeiten, in deren Rahmen menschliche Embryonen vernichtet werden, einschließlich solcher Tätigkeiten, die auf die Gewinnung embryonaler Stammzellen abzielen oder bei denen anderweitig gewonnene embryonale Stammzellen verwendet werden.‘ [...]*
- *‚Die Entwicklungshilfe der Union auf der Grundlage der vorliegenden Verordnung darf nicht zur Finanzierung von Abtreibungen verwendet werden, sei es direkt oder indem Organisationen finanziert werden, die Abtreibungen durchführen oder fördern.‘
(Europäische Kommission 2014: 2 f.)*

Die Europäische Kommission lehnte den Antrag der ECI „One of us“ ab. Die deutsche Koordinatorin von „One of us“ ist Hedwig von Beverfoerde. Sie gehört mit ihrer Initiative „Familienschutz.de“ zum Netzwerk um den Verein „Zivile Koalition e.V.“, welcher von der AfD-Europaabgeordneten Beatrix von Storch gegründet wurde. Auch für die deutschsprachige Seite 1-von-uns wird laut Impressum die Zivile Koalition e.V. mit Beatrix und Sven von Storch als Vereinsvorsitzende genannt. Offiziell zeichneten sieben Personen aus sieben Mitgliedstaaten der EU verantwortlich:

- *Gregor Patrick Puppinck/Präsident (Frankreich)*
- *Filippo Vari/Movimento per la vita (Italien)*
- *Manfred Liebner/„Stiftung Ja zum Leben“ (Deutschland)*
- *Alicia Latorre/„Federacion Española de Asociaciones Provida“ (Spanien)*
- *Josephine Quintavalle/„ProLife Alliance and Core“ (Großbritannien)*
- *Edith Frivaldszky/„Together for Life Association“ (Ungarn)*
- *Jakub Baltroszewicz/„Polish Federation of Pro-Life Movements“ (Polen)*

Als Vertreter für die ECI „One of us“ wurde Tobias Teuscher ernannt. Tobias Teuscher war bereits Mitarbeiter der „Lebensschutz-Aktivistinnen“ Dana Scallon (Irland) und Anna Zaborska (Slowakei). Der gebürtige Brandenburger hatte aktuell zu den Europaparlamentswahlen für die Partei Force Vie kandidiert. Ein weiterer Spitzenkandidat dieser Partei, die den Einzug in das Parlament nicht schaffte, war Antoine Renard von der FAFCE (Föderation der Katholischen Familienverbände). FAFCE ist als euro-

päischer katholischer Dachverband bemüht, im Europäischen Parlament die Interessen der katholischen Familienverbände einzubringen.

Teuscher setzte in einem Interview seine Hoffnungen in die österreichische Liste REKOS und die deutsche Alternative für Deutschland. Die Front Nationale sieht er als Gefahr und Hoffnung zugleich:

„Große Hoffnungen ruhen auf der jungen Bewegung REKOS – Liste Ewald Stadler (Die Reformkonservativen), in der viele junge Menschen engagiert sind. Die EU ist ein zivilisatorisches Projekt.

Bei der einzigen offiziellen Veranstaltung im Europäischen Parlament zu One of Us war er sogar der einzige deutschsprachige Abgeordnete, der mit einem sehr klaren Beitrag Profil zeigte und das EU-Recht im Bereich des Embryonenschutzes [sic!] verteidigte! Wir hoffen, dass die REKOS sich auf lange Sicht etablieren können. [...]

Wenn die Volksparteien die Mitte verlassen, wenden sich konsensorientierte Menschen ab. Das erleben Sie in Deutschland mit dem Erfolg der Alternative für Deutschland, welche in wirtschaftspolitischen Fragen die FDP ersetzen wird und nunmehr auch eine sehr brauchbare Alternative für wertkonservative CDU-CSU-Anhänger darstellt. In Österreich gibt es die Reformkonservativen. In Frankreich entstanden neue Parteien und die große zivilgesellschaftliche Bewegung zum Schutz von Ehe und Familie. [...]

Das Ende des französischen Zweiparteien-Systems aufgrund der Nationalen Front ist eine Chance und eine Gefahr zugleich. Um langfristig arbeiten zu können, müssen wir uns verbünden, auf Kernthesen beschränken, keine falschen Kompromisse noch vor den Verhandlungen eingehen, nicht zu jedem Thema eine Grundsatzdebatte entfachen und einfach auch den Mut haben, den politischen Relativismus der bürgerlichen Parteien aufzuzeigen. [...]

Gemeinsam mit Antoine Renard (Präsident der Europäischen Katholischen Familienverbände) sind wir eine Liste für mutige, wehrhafte Bürger.“ (Nardi 2014)

Im Folgenden soll erörtert werden, wie und in welcher Konstellation die AfD in das Europäische Parlament hinsichtlich geschlechts- und familienpolitischer Konfliktlinien eingezogen ist. Die von Teuscher angesprochene Partei REKOS gehört zur rechtskonservativen Europa-Partei MELD. REKOS verfehlte deutlich, mit 1,18 Prozent, den Einzug in das Europäische Parlament.

2.3 ERGEBNISSE DER WAHLEN ZUM EUROPA-PARLAMENT 2014 HINSICHTLICH EINER KONSERVATIVEN GESCHLECHTER- UND FAMILIENPOLITIK

Im Rahmen des Europäischen Parlamentes müssen die nationalen Parteien von den Europa-Parteien, den Fraktionen (Gruppen) und den interfraktionellen Gruppen im Europäischen Parlament unterschieden werden.

In den Mitgliedstaaten der EU werden auf nationaler Ebene Abgeordnete über Parteien ins Europäische Parlament gewählt. Einige dieser Parteien haben sich zudem zu Europa-Parteien zusammengeschlossen. Im Europäischen Parlament ist es für die Parlamentarier_innen sinnvoll, sich Fraktionen anzuschließen.

Aktuell bestehen dreizehn Europa-Parteien und sieben europäische Fraktionen:

Europaparteien:

- *EVP* Europäische Volkspartei
- *SPE* Sozialdemokratische Partei Europas
- *ALDE* Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- *AECR* Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten
- *EGP* Europäische Grüne Partei
- *EAF* Europäische Allianz für Freiheit
- *EL* Partei der Europäischen Linken
- *MELD* Bewegung für ein Europa der Freiheit und der Demokratie
- *EDP* Europäische Demokratische Partei
- *EFA* Europäische Freie Allianz
- *AENM* Allianz der Europäischen nationalen Bewegungen
- *ECPM* Europäische Christliche Politische Bewegung
- *EUD* Europeans United for Democracy

Europäische Fraktionen:

- *EVP* Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (EVP)
- *S&D* Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
- *EKR* Europäische Konservative und Reformisten
- *ALDE* Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
- *GUE/NGL* Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
- *Grüne/EFA* Die Grünen/Europäische Freie Allianz
- *EFDD* Europa der Freiheit und der direkten Demokratie

Die Sitze der deutschen Parlamentarier_innen verteilen sich folgendermaßen:

Verteilung der deutschen MdEP in den Fraktionen

- *EVP:* 34 Sitze (29 CDU, 5 CSU)
- *S&D:* 27 Sitze (SPD)
- *Grüne/EFA:* 13 Sitze (11 Grüne, 1 Piraten, 1 ÖDP)
- *GUE/NGL:* 8 Sitze (7 Linke, 1 Tierschutzpartei)
- *EKR:* 8 Sitze (7 AfD, 1 Familie)
- *ALDE:* 4 Sitze (3 FDP, 1 Freie Wähler)
- *fraktionslos:* 2 Sitze (1 NPD, 1 Die Partei)

Die AfD erhielt bei den Europawahlen 7,1 Prozent und konnte entsprechend mit den sieben Kandidat_innen Bernd Lucke, Hans-Olaf Henkel, Bernd Kölmel, Beatrix von Storch, Joachim Starbatty, Ulrike Trebesius und Marcus Pretzell in das Europa-Parlament einziehen.

2.4 Zugehörigkeit der AfD zu einer Europäischen Fraktion und zu einer Europäischen Partei

Die AfD ist bislang keiner europäischen Partei beigetreten. Da die AfD inzwischen der „Europäische Konservative und Reformisten“ (EKR) beitrug und diese Fraktion der „Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten“ (AECR) nahesteht, wäre es naheliegend, dass die AfD der AECR beitrete. Allerdings gehört auch die türkische AKP zur AECR und die AfD spricht sich gegen einen Beitritt der Türkei in die EU aus. Zudem ist die AfD deutlich anti-islamisch eingestellt.

Auch der Beitritt zur Fraktion EKR war umstritten. Während Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel das Zusammengehen mit den Tories (Conservatives aus Großbritannien) propagierten, sprachen sich viele AfD-Mitglieder vehement für ein Zusammengehen mit der rechtspopulistischen UKIP von Nigel Farage aus. So trafen sich zwei Landesvorstandsmitglieder demonstrativ mit Nigel Farage in London, nachdem Bernd Lucke in den Medien Cameron von der Conservative Party als bevorzugten Partner im Europäischen Parlament nannte.

Die Junge Alternative NRW lud Nigel Farage im EU-Wahlkampf nach Köln ein. An der Veranstaltung nahmen dreihundert Gäste teil, zum großen Teil AfD-Mitglieder. Auch Marcus Pretzell, der im Beirat des Bundesvorstandes der AfD sitzt, inzwischen Vorstand des größten Landesverbandes der AfD (LV NRW) und MdEU ist, nahm an der Podiumsdiskussion teil und erhielt dafür vom Bundesvorstand der AfD eine Ermahnung.

Aber nicht nur aufgrund widersprüchlicher Ansichten innerhalb der AfD gestaltete sich der Beitritt zur ECR-Fraktion schwierig. Auch David Cameron, Vorsitzender der

Conservative Party, rief dazu auf, die AfD nicht in die ECR aufzunehmen. Tatsächlich wurde die AfD zunächst nicht in die ECR aufgenommen. Zunächst wurde die Aufnahme der AfD verschoben, während sechs neue Parteien der ECR beitreten konnten: die beiden skandinavischen rechtspopulistischen Parteien Dänische Volkspartei (DF) und die Wahre Finnen (PS), die rechtspopulistische Unabhängigen Griechen (Anel), zwei slowakische Parteien und die deutsche Familienpartei.

Erst in einem zweiten Anlauf wurde die AfD Mitglied in der ECR. Während eine Motivation von Lucke und Henkel für ein Zusammengehen mit den Tories statt mit der UKIP darin bestehen sollte, einen Seriositätsgewinn durch die Tories zu erhalten, dürfte nach der Aufnahme der AfD diese Seriosität nicht mehr gegeben sein. Für die Aufnahme der AfD sprachen sich nämlich nur 29 Mitglieder der AfD aus, 26 Mitglieder, vor allem die Tories, lehnten die Aufnahme ab. Das heißt, die AfD ist dank der Stimmen der neuen rechtspopulistischen Parteien in der ECR in die ECR aufgenommen worden.

2.5 Zur Situation AfD im Europäischen Parlament hinsichtlich geschlechterpolitischer Fragen

Die Website Familien-schutz.de von Hedwig von Beverfoerde startete eine Politiker_innenbefragung zu geschlechter- und familienpolitischen Themen. Es wurde gefragt, ob acht „europäischen Grundsätze [sic!] für Familie und Kinder“ zugestimmt werden könne. (Beverfoerde 2014) Neben familialistischen Standpunkten wurde auch die Frage gestellt, ob sich die Kandidat_innen einer „interfraktionellen Gruppe des Europäischen Parlamentes“ anschließen, „die sich für die Anliegen der Familie und der Kinder einsetzt“. (ebd.)

In der Auswertung heißt es:

„Die Politik des Europäischen Parlamentes der vergangenen Jahre hat leider immer wieder gezeigt, daß [sic!] viele Abgeordnete die Bedeutung von Ehe und Familie aus dem Blick verlorenen [sic!] haben – erinnert sei an die Diskussionen um den Estrela- und den Lunacek-Bericht. Wir Familien haben es in der Hand diese Entwicklung aufzuhalten und sogar umzukehren.“ (Beverfoerde 2014b)

Konkret werden die deutschen Parteien folgendermaßen eingeschätzt:

„Während die Mehrheit der befragten Kandidaten der AfD, der AUF-Partei und ÖDP sowie mehrere Kandidaten der PBC, CSU und CDU und einer der FDP unsere Grundsätze unterzeichnet haben, wollte von der SPD, den Grünen, Linken sowie Piraten wenig überraschend kein Kandidat die Grundsätze uneingeschränkt unterstützen.“

Allerdings lassen die teils sehr ausweichenden Antworten einiger CDU-Kandidaten, u. a. des Spitzenkandidaten David McAllister, erkennen, daß [sic!] auch sie nicht bereit sind, sich hinter unsere familienpolitischen Forderungen zu stellen.“ (Beverfoerde 2014b)

Die Politiker_innen, die die Forderungen uneingeschränkt unterstützten und die ins Europäische Parlament eingezogen, sind:

Hans-Olaf Henkel (AfD), Beatrix von Storch (AfD), Ulrike Trebesius (AfD), Marcus Pretzell (AfD) und Arne Gehricke (Familienpartei). Alle Abgeordneten sind der Fraktion ECR beigetreten. Es kann also davon ausgegangen werden, dass sich die familien- und geschlechterpolitischen Forderungen des Netzwerkes Zivile Koalition vor allem in der ECR wiederfinden.

Insbesondere in Frankreich und Großbritannien haben extrem rechte Parteien während der Europa-Parlamentswahlen im Mai 2014 zugelegt. Während sich die Front National in den Wahlkämpfen deutlich genderpolitisch geäußert hatte und für eine Verschärfung der Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch und gegen die gleichgeschlechtliche Ehe eintritt, positionierte sich die UKIP zwar antifeministisch, machte diese Themen jedoch nicht zum inhaltlichen Schwerpunkt.

2.6 Geschlechterpolitische Aktivitäten der AfD im Europa-Parlament

Für die ECR sitzen die drei MdEU Beatrix von Storch (AfD, Deutschland), Jadwiga Wisniewska (PiS, Polen), Jana Žitnanska (NOVA, Slowakei) und ihre drei Stellvertreter_innen (Arne Gehricke – Familien-Partei Deutschlands), Julie Girling (Conservative Party, Großbritannien) und Branislav Škripek (Obyčajni Ľudia, Slowakei) im Frauenausschuss FEMM des Europäischen Parlamentes.

Beatrix von Storch ist von ihrer Fraktion ECR für den stellvertretenden Vorsitz im Frauenausschuss vorgesehen worden. Nach Aussage der Internet-Zeitung „Freie Welt“ habe es entsprechende Vorabsprachen durch den Ältestenrat gegeben. Wenn dies der Fall gewesen sein sollte, so hielt sich die Mehrheit im Ausschuss jedenfalls nicht daran. In einer geheimen Abstimmung zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzes wurde Beatrix von Storch abgelehnt.

Allerdings ist Beatrix von Storch zur Koordinatorin der ECR für Fragen zum Frauenausschuss FEMM gewählt worden⁴(ECR-Coordinators 2014, S. 2). Die ECR bildet die drittgrößte Gruppe/Fraktion in der EU. Wenn alle Papiere des Frauenausschusses FEMM über ihren Tisch laufen, stehen ihr gemäß der Formel „Wissen ist Macht“ nicht unerhebliche Einflussmöglichkeiten zur Verfügung.

3

LANDESPOLITISCHE
ENTWÜRFE UND
STELLUNGNAHMEN
DER AFD
ZUR FAMILIENPOLITIK
(ELTERNWAHLRECHT,
KINDERRENTEN-
MODELL)

3.1 EINLEITUNG

Unter der Überschrift „Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sind keine Ehen“ gibt der Bundesvorstand die Position Frauke Petrys, Landessprecherin der AfD Sachsen, während der Pressekonferenz am 30.07.2014 mit den folgenden Worten wieder:

„Frauke Petry verweist darauf, dass es in Deutschland seit Jahrzehnten zu wenige Kinder gäbe und dass die AfD die Drei-Kinder-Familie als Wertekonsens in der deutschen Gesellschaft befürworte, um den drängenden gesellschaftlichen Problemen in Deutschland entgegenzuwirken. Darüber hinaus sagt Petry, dass für sie gleichgeschlechtliche Partnerschaften zwar zu tolerieren seien, aber keine Ehe darstellten. Wirtschaftspolitisch wolle die AfD in Sachsen vor allem den Mittelstand als Rückgrat der deutschen Wirtschaft fördern, indem sie unter anderem [...] die Quoten ablehnen [...] wolle.“ (AfD Bundesverband 2014)

In derselben Pressemitteilung wird Björn Höcke, Landessprecher der AfD Thüringen, mit dem folgenden Absatz unter dem Titel „Political Correctness ist ein Feind der Meinungsfreiheit“ wiedergegeben:

„Björn Höcke spricht sich für eine individualisierte Bildungspolitik sowohl im Schulmodell als auch bei der Ausbildung der Lehrer aus. Das Gender Mainstreaming, das auf die Abschaffung der natürlichen Geschlechterpolarität abziele, müsse sofort aus unseren Schulen und Universitäten entfernt werden. Dagegen sei die klassische Familie als gesellschaftliches Leitbild in unseren Erziehungs- und Bildungsanstalten zu vermitteln. Darüber hinaus spricht er sich entschieden gegen die in Deutschland vorherrschende Political Correctness aus, die wie Mehltau auf unserem Land läge. Eine ergebnis-offene Erörterung zukunftsbedeutender Politikbereiche wie Einwanderung, Demographie und Währung werde vom Altparteienkartell unterbunden. Die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit müsse verwirklicht werden.“ (ebd.)

Nach dieser gemeinsamen Pressekonferenz zu den anstehenden Landtagswahlen trat Franz Eibl, Pressesprecher der AfD Landesverband Bayern und Bezirksvorsitzender von Oberbayern, von seinem AfD-Posten zurück und aus der AfD aus. Er gab dazu eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

„Das gestern vorgestellte Gesellschaftsbild ist schlichtweg reaktionär und für Menschen, die für eine pluralistische, liberale, offene und tolerante Gesellschaft eintreten, nicht akzeptabel. Da wird von Ausländern nur in Zusammenhang mit Kriminalität geredet, da wird vorgegeben, wie viele Kinder Frauen künftig zu bekommen haben, und da wird verlangt, dass behinderte Kinder nicht zusammen mit nicht-behinderten unterrichtet werden sollen.“ (Eibl 2014)

3.2 LANDTAGSWAHLPROGRAMM DER AfD SACHSEN 2014

Das Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen ist geprägt durch familienpolitische Forderungen (AfD Sachsen 2014). So ist der erste und umfangreichste Punkt im Wahlprogramm das Thema Familie. (ebd.: S. 3 ff.), und auch in der Präambel finden sich mehrfach Bezüge zur Familienpolitik.

Die Präambel ist durch eine extreme Wortwahl („Gleichschaltung“, S. 2, „Verhöhnung der Familie“, S. 2) geprägt, die sich durch das ganze Wahlprogramm zieht („Umerziehungsmaßnahmen“, S. 7, „staatlich verordnetes Neusprech“, S. 19). Explizit findet sich dort der Hinweis auf den „Zorn“ der Partei.

Im Namen der Kinder, bzw. der sogenannten Generationengerechtigkeit, wird eine „verantwortungslose[...] Schuldenmacherei“ kritisiert (S. 2). Entsprechend werden Sparmaßnahmen auch im Geschlechter- und Familienbereich gefordert: „Sämtliche Ausgaben außer Ausgaben für Bildung und für Innere Sicherheit sind zu überprüfen und entsprechend zu reduzieren.“ (S. 9) Gleichzeitig soll es jedoch im Familienbereich erhebliche Steuererleichterungen geben, wodurch vorprogrammiert ist, dass sich die Familienpolitik der AfD Sachsen als Klientelpolitik besserverdienender Erziehungsberechtigter und ihrer Familien gestaltet.

Die AfD Sachsen stützt sich explizit auf die „Werte[...] des christlichen Abendlandes“ (S. 2) und fordert eine „Schwangerenkonfliktberatung, die sich vordergründig dem Lebensschutz verpflichtet“ (S. 3) fühle. Weil die Familie die „natürlichste aller Gemeinschaften“ sei, habe sie eine „besondere Bedeutung“ und verdiene einen „besonderen Schutz“ (S. 2). Die Familie garantiere die „Fortdauer von Gesellschaft und Staat“ (S. 2).

Angeblich finde eine „offen betriebene [...] Herabsetzung und Verhöhnung der Familie“ (S. 2) statt, zu der sich die AfD Sachsen in ihrer Präambel als „Alternative“ verstehe (ebd.). Die AfD Sachsen benennt dort auch den Urheber dieser „Gleichschaltung“: Sie stellt den „verquerten Genderismus“ als Fortsetzung des Marxismus-Leninismus im Sinne „strangulierender“, „menschenfeindlicher“ Ideologien dar, der mit „aller Macht aufgezwungen werden“ solle (ebd.).⁶

[6] Dieses Argumentationsmuster ist aus rechten Kreisen bekannt. So sind die Ähnlichkeiten dieses Abschnitts in der Präambel mit den entsprechenden Passagen im Vorwort des „Manifest 2083“ des faschistischen Massenmörders Anders Behring Breivik frappierend (Kemper 2013): „This short essay has sought to show one critical linkage, that between classical Marxism and the ingredients of the ‚cultural revolution‘ that broke out in Western Europe in the 1960s. Of course, the action does not stop in the '60s; the workings of the Frankfurt School are yet very much with us, especially in the field of education. [...] Political Correctness is not at all about ‚being nice,‘ unless one thinks gulags are nice places. Political Correctness is Marxism, with all that

Explizit wird im Kapitel Familienpolitik ausgeführt, dass Familienpolitik wieder primär die Familie im Fokus haben sollte und nicht über „Wirtschafts- oder Gleichstellungspolitik definiert“ werden dürfte (S. 3). Diese Aussage steht im Kontrast mit einer Aussage, die Frauke Petry während der Leipziger Buchmesse der rechten Wochenzeitung Junge Freiheit gab. Hier definierte sie die Familienpolitik als Bevölkerungspolitik: „Die AfD ist eine Familienpartei und Familienpolitik, das darf man ja heute wieder sagen, ist Bevölkerungspolitik.“ (Petry 2014) Tatsächlich wird der Familienfokus noch in der Präambel deutlich eingeschränkt: „Familienpolitik muss die Mehrheit der funktionierenden Familien im Blick haben“ (S. 3). Was die AfD Sachsen unter „der Mehrheit der funktionierenden Familien“ versteht, wird nicht ausgeführt. Sie lehnt jedoch Familien mit gleichgeschlechtlichen Partner_innen rigoros ab: „Eingetragene homosexuelle Lebenspartnerschaften sind bereits verfassungsrechtliche und gesellschaftliche Realität. Eine weitergehende Gleichstellung der sog. ‚Homo-ehe‘ sowie die Adoption von Kindern durch Homosexuelle befürworten wir nicht.“ (S. 3)⁷ Und auch ausländische Familien sollen keinesfalls den Schutz genießen, den die AfD deutschen „funktionierenden Mehrheitsfamilien“ zugesteht. So kritisieren sie, dass die „ungesteuerte Einwanderung über Familiennachzug“ zunehme (S. 17), und sie fordern, dass EU-Bürger nur dann Kindergeld erhalten sollten, wenn sie ihren tatsächlichen Wohnsitz in Deutschland haben und „mindestens fünf Jahre einer sozialversicherungspflichtigen bzw. selbständigen Beschäftigung“ nachgegangen seien (S. 17). Zudem ist fraglich, ob die AfD Sachsen die Interessen armer Familien bzw. Kinder genauso berücksichtigt wie die gut verdienender Mittelschichtfamilien, für die sie eine massive Steuerbegünstigung durch „Familiensplitting“ (S. 3) einführen möchte. Kinderarmut scheint die AfD Sachsen nur als den Begriff zu kennen, der die geringe Anzahl von Kindern meint, nicht jedoch als Bezeichnung für zunehmende mehrdimensionale Armut für Kinder (Holz/Laubstein/Shtamer 2012: 6 f.). Auch die Bildungsbenachteiligung von Kindern aus armen Familien scheint nicht zur Kenntnis genommen zu werden.

Zu den konkreten Gesetzesforderungen der AfD Sachsen zählt das sogenannte „Familienwahlrecht“: Das aktive Wahlrecht der minderjährigen „Kinder von der Geburt an“ soll „dabei als Familienwahlrecht wahrgenommen werden, indem die

implies: loss of freedom of expression, thought control, inversion of the traditional social order, and, ultimately, a totalitarian state. [...] Perhaps no aspect of Political Correctness is more prominent in Western European life today than feminist ideology.“ (Breivik 2011; vgl. Kemper 2013)

[7] Entsprechend wird auch im Bildungssystem gefordert, dass sich Lehrinhalte und Lehrbuchinhalte an die Lebenswirklichkeit der Mehrheit zu richten haben und nicht an der von Minderheiten. Den „indoktrinären Beeinflussungen“ von LGBT-Lehrinhalten sei entgegenzuwirken.

Stimme des Kindes bis zur Vollendung von dessen 16. bzw. 18. Lebensjahr jeweils von den Erziehungsberechtigten abgegeben wird“ (3). Bei mehreren Erziehungsberechtigten (z. B. Vater und Mutter) scheinen also beide („jeweils“) pro Kind eine zusätzliche Stimme erhalten zu sollen; in der Logik der AfD Sachsen würden damit Kinder von alleinerziehenden Erziehungsberechtigten gegenüber Kindern der „funktionierenden Mehrheitsfamilie“ benachteiligt werden.

Interessanterweise spricht sich die AfD Sachsen gleichzeitig gegen eine Änderung des Wahlrechts aus, welches bereits 16-Jährigen ermöglichen würde zu wählen. 16-Jährige hätten nach Aussage der AfD Sachsen nach Auskunft des Wahl-O-Mats Sachsen nicht die „nötige Reife“, um die kognitiven Voraussetzungen für Wahlen zu erfüllen. Das heißt, die AfD Sachsen spricht sich dafür aus, dass Eltern von 16- bzw. 17-Jährigen für diese die Wahlberechtigung erhalten, um in deren Namen auch gegen deren formulierte Wahlempfehlung zu wählen, und zwar gleich in doppelter Stimmstärke.

Im Sinne der normativen besserverdienenden „Mehrheitsfamilie“ scheint die Forderung nach einem „Familiensplitting“ zu sein, welches nicht alternativ, sondern zusätzlich zum Ehegattensplitting gezahlt werden soll. Das „Familieneinkommen“ soll „auf alle Familienmitglieder aufgeteilt und versteuert“ werden (S. 3). „Dieses Steuermodell soll den in überdurchschnittlichem Maße kinderlosen Leistungsträgern helfen, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen.“ (ebd.) Ein Familiensplitting ist zu unterscheiden von einheitlichen Steuerfreibeträgen für Kinder. Die Steuerfreibeträge könnten nur legitimiert werden mit den Kosten, die mit der Kindererziehung einhergingen. Während einheitliche Steuerfreibeträge von einer Gleichwertigkeit der Kinder ausgehen, wirkt sich ein Familiensplitting wie ein einkommensabhängiger Freibetrag für Kinder aus: Je größer das Einkommen, desto größer wird der Freibetrag. Das heißt, größere Steuerfreibeträge für besser verdienende Familien würden implizieren, dass Kinder aus besser verdienenden Familien mehr Geld für die Erziehung bräuchten und erhalten sollten als Kinder aus schlechter verdienenden Familien. Es würde voraussichtlich dem Grundgesetz widersprechen, wenn der Staat für die Erziehung von Kindern aus besser verdienenden Elternhäusern mittels staatlicher Regeln mehr Geld zur Verfügung stellt als für die Erziehung von Kindern aus ärmeren Familien. Denn nach dem Grundgesetz darf niemand wegen der sozialen Herkunft benachteiligt werden.

Ähnlich sozial ungerecht und grundgesetzwidrig dürfte die Umsetzung der Forderung nach der Kinder- und Jugendrente nach dem Schreiber-Plan sein. Unter dem Label „Generationengerechtigkeit“ fordert die AfD die Umsetzung der Kinderrente nach dem Schreiber-Plan (ebd.: S. 4). In den 1950er Jahren standen sich unter

anderem die alternativen Modelle eines einheitlichen Kindergeldes und einer einkommensabhängigen Kinderrente gegenüber. Schreiber als Präsident des Verbandes der katholischen Unternehmer hatte neben dem Modell der Altersrente das Modell der Kinderrente entwickelt. Die Kinderrente sollte in Abhängigkeit vom Einkommen des Vaters (sechs bis acht Prozent vom Einkommen) aus einer Rentenkasse gezahlt werden, die dann ab dem 35sten Lebensjahr der ehemaligen Kinder wieder in die Kasse eingezahlt werden sollte. Die Einzahlung erfolgt in Abhängigkeit von dem aktuellen Einkommen und der aktuellen Kinderzahl. Gibt es keine eigenen Kinder, muss der doppelte Beitrag eingezahlt werden. Mit einer größer werdenden Anzahl der eigenen Kinder würde der einzuzahlende Rentenbetrag geringer werden. Ab dem sechsten Kind müsste nichts mehr eingezahlt werden.

Die Ungerechtigkeit dieses Systems liegt auf der Hand. Indem das einheitliche Kindergeld durch eine einkommensabhängige Kinderrente ersetzt wird, erhalten Kinder besser verdienender Eltern mehr Geld als Kinder schlechter verdienender Eltern. Dies dürfte dem Grundgesetz widersprechen, wonach niemand aufgrund seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden dürfe. Besonders betroffen von der Ungerechtigkeit wären sogenannte „Aufsteiger“: Sie zahlen einen in gesamtgesellschaftlicher Relation größeren Grundbetrag in die Kinderrentenkasse ein, als sie selbst als Kind erhalten haben.

Ungerecht wäre diese Regelung auch, wenn sich die AfD mit ihrer Forderung durchsetzen sollte, dass gleichgeschlechtliche Paare keine Kinder adoptieren dürfen.

Die Kinderbetreuung soll „neu strukturiert“ werden (ebd.: S. 4): Der Staat solle „gleichwertig und ideologiefrei“ einzelne Familien darin unterstützen, eine „optimale Pflege- und Erziehungsform zu finden“ (ebd.). Schleierhaft in diesem Zusammenhang ist die Forderung: „Wir treten weiter dafür ein, dass aktuelle neurowissenschaftliche Erkenntnisse eine breitere Öffentlichkeit erfahren und in den Debatten wesentlich berücksichtigt und sachlich diskutiert werden.“ (ebd.) Eventuell wird dabei auf Erkenntnisse der sogenannten „Bindungsforschung“ angespielt, wonach es dem Kind schade, wenn es zu früh Kitas besucht.

Konkret soll ein „Betreuungshonorar“ geschaffen werden. Dieses werde aus einem neu einzurichtenden Fonds gezahlt. Der Fonds solle aus den Geldern gespeist werden, die derzeit für die „finanzielle Förderung frühkindlicher Betreuung (= unter Dreijährige)“ aufgebracht werden: also aus „Elterngeld, Betreuungsgeld und Zuschüssen zu den Betriebskosten der Kinderkrippen“. Dieses „Betreuungshonorar“ solle in „gleicher Höhe für jedes Kind bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres an die Eltern ausgezahlt werden“. (ebd.: S. 4)

Diese Forderung hat insoweit einen egalitären Effekt, als das einkommensabhängige Elterngeld nun in gleicher Höhe ausgezahlt werden soll. Die AfD Sachsen äußert sich nicht zu der Frage, ob dieses „Betreuungshonorar“ mit den Leistungen nach dem ALG zu verrechnen ist. Wäre dies der Fall, so würde dann nicht nur wie bisher Eltern- und Betreuungsgeld verrechnet, sondern zudem noch das Äquivalent der Kita-Betriebskosten. Je nachdem, ob das „Betreuungshonorar“ auf ALG-Bezüge angerechnet würde oder nicht, stünden die ALG-Empfänger_innen individuell gesehen schlechter oder besser da als bisher.

Die AfD Sachsen verfolgt mit dem „Betreuungshonorar“ das Ziel, eine vermeintlich „ideologische Steuerung“ durch den Staat zu beenden durch die Wahl, das „Betreuungshonorar als Vergütung der eigenen Erziehungsarbeit auf[zufassen oder zum Einkauf von Fremdbetreuung [zu] nutzen“ (ebd.). Die Kritik an dem Betreuungsgeld, es handele sich um eine „Herdprämie“, träfe erst recht das sehr viel umfangreichere „Betreuungshonorar“, zumal mit dem Elterngeld auch die Erziehungsarbeit von Vätern gefördert werden sollte, was mit der Überführung des Elterngeldes in den Betreuungsfonds nun komplett entfielen. Zudem ist zu befürchten, dass mit der Schaffung des Betreuungshonorars noch weniger Kinder aus ärmeren Familien die Kitas besuchen werden.

Die AfD tritt für eine Reihe von Maßnahmen ein, die die Situation von Eltern verbessern sollen: Beitragsfreiheit für Kinder in Sozialversicherungskassen (ebd.: S. 3), Anrechnung der „Familienarbeit bei der Rentenberechnung wie Erwerbstätigkeit zu behandeln“ (ebd.: S. 4), „Förderung des Modells ‚Studieren mit Kind‘“ (ebd.: S. 4), „Förderung beruflicher Wiedereinstiegsmöglichkeiten“ durch „Bürokratieabbau, Steuererleichterung oder finanzielle Förderung für die Arbeitgeber“ (ebd.: 4), „Bevorzugte Einstellung und Entfristung von Eltern im öffentlichen Dienst“ (ebd.: S. 4). Außerdem soll die Schaffung von Wohnraum durch Eltern durch die Wiedereinführung des „Baukindergeldes oder die Übernahme von Kreditbürgschaften“ gefördert werden. Die Abwanderung aus dem ländlichen Raum soll durch die Einführung einer kommunalen langjährigen „Erbpacht“ ermöglicht werden (ebd.: S. 4).

Zum Komplex „Bildung – Hochschule – Wissenschaft“ merkt die AfD Sachsen zunächst an, dass „[f]amiliäre und institutionelle Bildung“ gleichberechtigt nebeneinander ständen und sich wechselseitig ergänzten. (ebd.: S. 5) Im Widerspruch hierzu fordert sie jedoch an Schulen und im Jugendstrafrecht eine stärkere Disziplinierung durch den Staat, so heißt es: „Durch die zeitliche Straffung einfach gelagerter Strafverfahren kann die erzieherische Wirkung bei Jugendlichen und Heranwachsenden besser zur Geltung kommen. Das beschleunigte Verfahren darf daher nicht auf das Erwachsenenstrafrecht beschränkt bleiben.“ (ebd.: S. 21) „Bildungs-

politische Entscheidungen in der Krippen-, Kindergarten- und Horterziehung“ seien aus dem Sozialministerium herauszulösen und in die Zuständigkeit des Bildungsministeriums zu überführen. (ebd.: S. 5)

Die AfD Sachsen konstatiert eine „Früh- und Hypersexualisierung“ in Kindergärten und Schulen, die es zu bekämpfen gelte. Sexualkundeunterricht sei erst in der Zeit der Pubertät einzuführen. Hierbei gelte, dass sich die Lehrinhalte und Lehrbücher „an der Lebenswelt von Mehrheiten zu orientieren“ hätten. Der „indoktrinären Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrplaninhalte“ sei „entgegenzuwirken“. (ebd.: S. 7) Entsprechend werden „ideologiefreie Hochschulen und Universitäten“ gefordert, was der Logik der AfD Sachsen nach in einer sofortigen Einstellung der „Förderung der sogenannten Gender Studies“ münde. (ebd.: S. 8) „Gender Mainstreaming“ sei eine „ideologisch motiviert[e]“ „gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahme“, die abgelehnt werde. (ebd.: S. 7). Dieses „staatlich verordnete Neusprech“ widerspreche der „natürlich gewachsenen Muttersprache“. Die AfD Sachsen sieht darin den Versuch, kritisches Denken einzuschränken: „Durch Sprachregelungen, Euphemismen und Sprechverbote wird versucht, eine in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte Weltsicht durchzusetzen und das kritische Denken einzuschränken. Wir wenden uns gegen derartige Vorgaben für den Gebrauch der Sprache in Ministerien, öffentlichen Einrichtungen und Medien.“ (ebd.: S. 19)

Die AfD Sachsen wendet sich zudem deutlich gegen Affirmative Action-Programme wie die Geschlechterquote in der Wirtschaft: „In der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen die Qualifikation den Ausschlag geben, nicht das Geschlecht.“ (ebd.: S. 10)

Im Zusammenhang mit der Familienpolitik ist insbesondere auch die Passage im Wahlprogramm interessant, die sich unter dem Titel „Erziehungsoffensive für bessere Disziplin“ findet. Hier heißt es:

„Die Missachtung von Gemeinschaftsinteressen, wie sie etwa an der Beschädigung von Gemeinschaftseinrichtungen zum Ausdruck kommt, sendet jeden Tag die verheerende Botschaft, dass die Verantwortlichen in dieser Gesellschaft weder willig noch imstande sind, die Gemeinschaft vor den Launen und Frustrationen Einzelner zu bewahren. Lehrer müssen wieder in die Lage versetzt werden, durch effiziente pädagogische Maßnahmen sich und die lernwilligen Schüler auf effektive Weise vor den Schülern zu schützen, die den Unterricht immer wieder stören und behindern. Zu diesen Maßnahmen gehört auch, dass der Schulleiter im Interesse der Schulgemeinschaft frühzeitig und unbürokratisch von seinem Hausrecht Gebrauch machen darf.“ (ebd.: S. 6 f.)

Diese Passage konterkariert die vermeintliche Absicht der AfD, Erziehung vor allem in der Familie zu verorten. Wie diese „Erziehungsoffensive für bessere Disziplin“ konkret aussehen soll, wird im Parteiprogramm nicht weiter ausgeführt. Allerdings findet sich im Papier „AfD Sachsen – Kernforderungen der AG Familie, Bildung, Hochschule, Wissenschaft“ ein ausführliches Konzept der „Nacherziehung“:

„Schüler, die vom Unterricht suspendiert werden müssen, besuchen in dieser Zeit Kurse zur Verhaltenserziehung („Benimmkurse“). Werden diese geschwänzt, wird sofort das Kindergeld gekürzt und Jugendarrest von einem Wochenende bis maximal vier Wochen angedroht und nach einer Warnung auch tatsächlich verhängt. Im Gegensatz zur Jugendhaft führt der Arrest – ein Mittel, das es bereits gibt, das nur nicht konsequent genutzt wird –, nicht zu einem Vorbestraftsein im juristischen Sinn. Da es sich um eine erzieherische und nicht eine juristische Strafe handelt, werden die beruflichen Chancen der betroffenen Jugendlichen dadurch nicht beeinträchtigt. An der Finanzierung dieser Kurse müssen sich die Eltern beteiligen, denn schließlich ist die Unterstützung bei der notwendigen Nacherziehung sozialer Kompetenzen, die die Eltern selbst bei ihren Kindern bisher nicht ausbilden konnten, eine ‚Dienstleistung‘ für das ganze Leben dieser jungen Menschen; sie kann daher in ihrem Wert kaum hoch genug veranschlagt werden. Arbeitslose oder Geringverdiener können sich in der Schule auf andere Weise nützlich machen. Beide Punkte sind ein Beitrag zur Neuvernetzung einer zunehmend beziehungslosen, ja atomisierten Gesellschaft.“

Verantwortlich zeichneten sich für dieses interne Papier neben der AfD Bundessprecherin Frauke Petry sechs weitere Mitglieder: Thomas Hartung, Ralf Hickthier, Torsten Weiss, Bodo Herold, Hans-Thomas Tillschneider, Uta Nürnberger und Hans-Gerd Hübner. Die dort geforderte „Nacherziehung“, die „Benimmkurse“ und vor allem die angeordnete Zwangsarbeit für Geringverdiener_innen und Arbeitslose, deren Kinder nicht den Verhaltensnormen entsprechen, machen drastisch deutlich, dass die AfD nicht „familienfreundlich“ ist, sondern nur innerhalb eines sehr engen Rahmens Familien die Form von Erziehung zugesteht, die sich mit der Ideologie der AfD deckt.

Ergänzend seien noch die Aussagen von Frauke Petry als Spitzenkandidatin der AfD im sächsischen Wahlkampf hinzugefügt, die die Neue Osnabrücker Zeitung unter der Überschrift „Überleben des eigenen Volkes sicherstellen“ bekanntmachte. Frauke Petry hatte dort eine „Drei-Kinder-Politik“ angemahnt und sich für ein Volksbegehren für eine Verschärfung des Paragraphen 218 ausgesprochen:

„Die Alternative für Deutschland (AfD) erwägt eine Volksabstimmung zur Verschärfung des Strafrechtsparagraphen 218. [...] Für viele Mitglieder sei die sei-

nerzeit heiß umstrittene Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch unter ethischen Gesichtspunkten nicht abschließend geregelt, erklärte Petry. Eine Änderung könne zudem ein Mittel gegen den Kindermangel in Deutschland sein.

Zugleich mahnte die Bundessprecherin Petry eine verschärfte Einwanderungspolitik an. Sie habe nichts gegen Zuwanderung als eine Ergänzung [...] Aber: „Die deutsche Politik hat eine Eigenverantwortung, das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen“, erklärte sie. Wünschenswert sei daher, dass eine normale deutsche Familie drei Kinder habe, bekräftigte Petry die Position ihrer Partei. [...] Ein Parteisprecher sagte am Donnerstag in Berlin, Petry habe erklärt, ihre Partei befürworte Volksentscheide zu Kernthemen wie Zuwanderung, Währung und einer Reform der Europäischen Union. Sie persönlich könne sich auch ein Referendum über eine Reform des Paragraphen 218 vorstellen.“ (Ewert 2014)

3.3 Wahlprogramm der AfD Thüringen

Nur ergänzend sollen an dieser Stelle die Forderungen des AfD Landeswahlprogramms Thüringen vorgestellt werden, um zu dokumentieren, dass die Forderungen der AfD Sachsen vom Grundtenor kein Alleinstellungsmerkmal haben.

So finden sich auch im Wahlprogramm aus Thüringen Vorbehalte gegen eine vermeintliche und nicht näher erläuterte „Gender-Ideologie“ und Forderungen nach einem aktiven Einstehen für eine normative Ausrichtung an einem eng gefassten Familienbild:

„Die Familienpolitik des Bundes und der Länder muß [sic!] einem einheitlichen Konzept folgen, das sich an der Familie aus Vater, Mutter und Kindern unter Einschluß [sic!] der älteren Generation orientiert. Versuchen, mit Hilfe der Gender-Ideologie den Sinn des Wortes ‚Familie‘ in Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung zu entziehen, ist entgegenzutreten. Die Gender-Ideologie steht sowohl im Widerspruch zu den Ergebnissen der Naturwissenschaft und Entwicklungspsychologie als auch zur Lebenserfahrung. Die andauernden Bestrebungen sie über demokratisch nicht legitimierte internationale Organisationen zu implementieren, sollten sowohl im Interesse der Sache als auch der Demokratie unterbunden werden.“ (AfD Thüringen 2014: 6)

Streckenweise wortgleich mit dem sächsischen Programm wird vor einer „Früh- und Hypersexualisierung“ gewarnt und eine „ideologisch motivierte“ „Umerziehung“ von Kindern unterstellt:

„Wir wenden uns gegen eine Früh- und Hypersexualisierung in Schule und Kindergarten. Sexualkundeunterricht muß [sic!] mit der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder Schritt halten und gehört deshalb nicht in den Kindergarten, sondern in die Zeit der Pubertät. Lehr- und Lehrbuchinhalte haben Leitbildfunktion. Sie sollten sich vorrangig an der Lebenswelt von Mehrheiten orientieren, nicht vorrangig an der von Minderheiten. Gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen, wie ‚Gender Mainstreaming‘, lehnen wir ebenso ab, wie scheinbar geschlechterneutrale Bezeichnungen (‚zu Fuß Gehende‘ statt ‚Fußgänger‘ oder ‚Lehrkraft‘ statt ‚Lehrer‘). Damit wird – ideologisch motiviert – das grammatische Geschlecht mit dem biologischen gleichgestellt.“ (AfD Thüringen 2014: S. 11)

Björn Höcke, AfD-Sprecher Thüringen, führt dies auch mit eigenen Worten aus:

„Schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen (sog. gender mainstreaming), sind sofort zu beenden. Die klassische Familie ist wieder zum gesellschaftlichen Leitbild zu erheben.“ (Höcke 2014)

Während der Pressekonferenz zu den anstehenden Wahlen formulierte er:

„Die Geschlechtergleichmachungsmaxime der Altparteien – unverständlich auch häufig ‚Gender Mainstreaming‘ genannt –, die auf die Abschaffung der natürlichen Geschlechterpolarität abziele, müsse sofort aus Kindergärten, Schulen und Universitäten entfernt werden. Dagegen sei die klassische Familie als das gesellschaftliche Leitbild in unseren Erziehungs- und Bildungsanstalten zu vermitteln. Darüber hinaus spricht er sich entschieden gegen die in Deutschland vorherrschende ‚politische Korrektheit‘ – manche sagen gerne: ‚political correctness‘ – aus, die wie Mehltau auf unserem Land läge und wie eine Schere in den Köpfen wirke.“ (Brandner 2014)

4

AKTIVITÄTEN DER AFD GEGEN SEXUALPÄDAGOGISCHE REFORMEN

Wie bereits im ersten Teil der Expertise ausgeführt, sind Mitglieder der AfD führend an den Protesten gegen Bildungspädagogik engagiert. Sowohl der Estrela-Bericht, der auf die sexualpädagogische Verantwortung für das Wissen um reproduktive Rechte in Bildungsinstitutionen hinweisen wollte, als auch Bildungspläne, die heteronormative Engziehungen nicht mehr zulassen wollen, wurden und werden an vorderster Front von AfDler_innen bekämpft. Hierbei werden die Lehrpläne verkürzt auf „indoktrinäre[...] Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch LGBT-Lehrplaninhalte“ (AfD Sachsen 2014, S. 8).

Die Auseinandersetzung um Sexualpädagogik wurde von konservativer Seite nicht nur mit demokratischen Mitteln geführt, sondern ging mit persönlichen Angriffen einher, die in Mord- und Vergewaltigungsaufrufen gegen eine Sexualpädagogin mündeten. Es bedurfte mehrerer Anläufe und ständiger Verlinkungen durch das Kampagnennetzwerk Zivile Koalition e.V. der AfD Europa-Abgeordneten Beatrix von Storch, bis schließlich die Empörungswelle an Wucht gewann.

Begonnen hatte dieser Skandalisierungsprozess mit einem Artikel, den Birgit Kelle am 21.03.2014 unter dem Titel: „Puff für alle‘ als pädagogisches Stilmittel“ verfasste. Die Internet-Zeitung „Freie Welt.net“ hatte bereits zahlreiche Artikel von Birgit Kelle und ihrem Ehemann Klaus Kelle publiziert. In dem Artikel wurden die Inhalte des Sammelbandes „Sexualpädagogik der Vielfalt“ von 2008 polemisch kritisiert. Der Artikel erschien im Online-Magazin „European“ und wurde einen Tag später in den Online-Präsenzen des Netzwerkes Zivile Koalition e.V. gespiegelt (in Hedwig von Beverfoerdes „Familien-schutz.de“ und Sven von Storchs „Freie Welt.net“).

Vier Tage später wurde die Online-Seite „Demo für alle“ freigeschaltet. Zu den Initiator_innen der Organisation „Demo für alle“ gehören Birgit Kelle und Hedwig von Beverfoerde. Im Impressum ist Sven von Storch genannt. Hedwig von Beverfoerde und Sven von Storch sind, wie bereits gesagt, zentrale Personen des Kampagnen-Netzwerkes Zivile Koalition.

Eine weitergehende Skandalisierung des Artikels von Birgit Kelle blieb jedoch vorerst aus. Wenig später, am 24. April 2014, erschien dann in der Süddeutschen ein Artikel von Christian Weber über das Buch unter der Überschrift „Was sie noch nie über Sex wissen wollten“ (Weber 2014). Der ehemalige Journalist der Süddeutschen, Arno Orzessek, griff den Artikel für Deutschlandfunk Kultur auf und kritisierte zwei Tage später nicht etwa die Polemik in Webers Artikel, sondern fragte im Namen der Leserschaft der Süddeutschen Zeitung, warum die Verurteilung nicht noch schärfer ausgefallen sei. (Orzessek 2014)

Am 03.07.2014 schließlich schrieb der Bestseller-Autor Akif Pirincci auf seiner Facebook-Seite den Artikel »Nach Puffreis in den Puff«, der in einer derartigen Hass-Sprache verfasst wurde, dass etliche Facebook-Nutzer_innen Pirincci beipflichteten und die Hass-Spirale noch weiter drehten. Es wurde offen und mit eigenem Namen mehrfach zu Mord und Vergewaltigung gegen eine der Mitverfasserinnen des Sammelbandes von 2008 aufgerufen.

Akif Pirincci beleidigte in einem folgenden Facebook-Artikel einen weiteren Genderforscher, der sich mit den Autor_innen des skandalisierten Sammelbandes zur Sexualpädagogik solidarisch erklärte. Die Hochschule der bedrohten Dozentin und die Deutsche Gesellschaft für Soziologie sahen sich gezwungen, diese Angriffe auf Wissenschaftler_innen mit entsprechenden Erklärungen zu verurteilen:

„Erklärung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zu aktuellen Kampagnen der Diskreditierung und Diffamierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Mit großer Sorge beobachten wir, dass Soziologinnen und Soziologen, die sich wissenschaftlich mit Themen der Geschlechter- oder Sexualitätsforschung beschäftigen, sich immer öfter mit sogenannten Hasskampagnen konfrontiert sehen. Derzeit werden einzelne Kollegen und Kolleginnen in sozialen Medien wie Facebook, in Blogs und mit E-Mails persönlich attackiert, verunglimpft und z. T. sogar bedroht.

Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) verurteilt solche Angriffe. Die Autorinnen und Autoren derselben verlassen mit ihren auf Personen zielenden, teilweise gewaltverherrlichenden Tiraden das gesellschaftliche Feld einer respektvoll und friedlich diskutierenden Öffentlichkeit. Hier werden einzelne Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in einer Weise attackiert, die völlig unsachgemäß ist und in ihrem mehr als fragwürdigen Stil letztlich auf die Urheber selbst zurückfällt.

Die DGS erklärt den angegriffenen Kolleginnen und Kollegen ihre ausdrückliche Solidarität, ebenso wie allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich derzeit rassistischen, homophoben und sexistischen Angriffen ausgesetzt sehen. Hasskampagnen stellen nicht nur eine schwerwiegende Zumutung für die einzelnen Kollegen und Kolleginnen dar. Sie verunmöglichen zudem eine zivilisierte, öffentliche Debatte über gesellschaftlich relevante Themen.“ (Vorstand DGS 2014)⁸

[8] Diese Erklärung nutzte der maskulistische Publizist Michael Klein, um sie bewusst zu dekontextualisieren und als Solidaritätserklärung für den antifeministischen Soziologen Gerhard Amendt zu interpretieren, der die Abschaffung von Frauenhäusern einfordert.

Auch die Hochschule der angegriffenen Wissenschaftlerin verurteilte die „diffamierenden Schmähungen“. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie reagierte mit einer Ad-hoc-Veranstaltung, „Genderismus – Der Umbau der Gesellschaft‘ Soziologische Annäherung an einen aktuellen Krisendiskurs“, während des Kongresses der DGS in Trier auf diese Angriffe.

Das Kampagnennetzwerk „Zivile Koalition“ der AfD-Politikerin Beatrix von Storch trat während dieser Hetzkampagne durchgehend als Multiplikator auf, in der Internet-Zeitung „Freie Welt“ oder den Internet-Präsenzen „Familien-schutz.de“ und „AbgeordnetenCheck“ wurden entsprechende Beiträge gespiegelt und verlinkt. Hier fanden auch entsprechende Verharmlosungen statt. So spiegelte am 29.07.2014 Freie Welt prominent einen Beitrag von Gerhard Alfens als Leitartikel unter der Überschrift „Zoff um Thesen aus dem ‚arabischen Puff‘“ mit Fotos von Akif Pirincci und der angegriffenen Wissenschaftlerin. Gerhard Alfens Artikel selber trägt die Überschrift „Sachlich auseinandergesetzt“ und suggeriert mit rhetorischen Fragen, dass die Auseinandersetzung von Pirincci mit dem Sammelband „Sexualpädagogik der Vielfalt“ durchaus sachlich sei.

Akif Pirincci hat in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Lesungen gehalten, die von der Alternative für Deutschland mitveranstaltet bzw. -finanziert wurden. Die Lesung in Sachsen fand im Landeshwahlkampf statt, nach den Schmähungen und Angriffen auf die Geschlechterforscher_innen. Aus den Sympathien für die AfD macht Akif Pirincci keinen Hehl. So schrieb er am 23.09.2014 auf seiner Facebook-Seite zu Umfragen, die die AfD bundesweit bei zehn Prozent sehen: „Hahaha! Na, geht euch der Arsch langsam auf Grundeis, ihr Arschlöcher?! Wartet mal ab, wenn ich von meiner Insel zurückkehre ... Go Ahead, Lucke!“

Estelle Ferrarese, Philosophieprofessorin aus Straßbourg und Mitinitiatorin der Petition „Les études de genre, la recherche et l'éducation: la bonne rencontre“ machte während der Veranstaltung „Im Rückwärtsgang durch Europa? Zur Stimmungsmache gegen Feminismus, Vielfalt und reproduktive Rechte“ darauf aufmerksam, dass während der homophoben Protesten mit „Hoaxes“ gearbeitet wurde, also mit Falschmeldungen.

5

FAZIT

Der vorliegende zweite Teil der Expertise zur Geschlechter- und Familienpolitik der AfD ist eine Momentaufnahme der jungen Partei. Im Mittelpunkt der Analyse steht der dort zum Vorschein kommende Geschlechterkonservatismus, der hier als „Familialismus“ bezeichnet wird. „Familialismus“ meint nicht eine Ausrichtung auf Familie generell, sondern er bezieht sich auf ein sehr eingeschränktes, bevölkerungsbiologisch-nationales und normatives Familienbild. Familien, die diesem Leitbild nicht entsprechen, wie Alleinerziehende, nichtdeutsche Familien, finanzschwache Familien und sogenannte Patchwork- bzw. Regenbogenfamilien, werden marginalisiert, wenn nicht sogar bekämpft. Entsprechend richtet sich der Familialismus auch gegen individuelle Lebensentwürfe, die keine Elternschaft vorsehen. Der Familialismus ist zudem national orientiert, gekoppelt an eine nationale Bevölkerungspolitik, Michel Foucault würde hier von „Biopolitik“ sprechen. Verschiedene Äußerungen aus der AfD legen nahe, dass es sich bei der Bevölkerungspolitik nicht nur um eine quantitative, sondern um eine qualitative Bevölkerungspolitik handelt, das heißt um eine Politik, die nicht nur regulieren möchte, wie viele Kinder es zu geben hat, sondern darüber hinaus, welche Bevölkerungsgruppen Kinder bekommen oder keine Kinder kriegen sollen. Wenn im Folgenden von „Familialismus“ die Rede ist, sind damit diese normativen bevölkerungspolitischen Forderungen gemeint, die zu reproduktiven Selbstbestimmungsrechten im Widerspruch stehen.

Es zeigt sich, dass die Geschlechter- und Familienpolitik, wie sie insbesondere von Beatrix von Storch vertreten wird, in ein europäisches Netzwerk eingebunden ist, welches zudem noch intensive Kontakte nach Latein- und Nordamerika und Russland unterhält. Die Zivile Koalition von Beatrix von Storch arbeitet als internetbasiertes Kampagnennetzwerk ähnlich wie das spanische Netzwerk CitizenGo, dessen Gründer jahrelange Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten mitbrachte. US-amerikanische familialistische Organisationen fördern die fundamentalistische Bewegung in Deutschland und Europa nicht nur mit Geld (mehrere Millionen Dollar 2012 von nur wenigen Organisationen), sondern stellen auch ihr Vernetzungspotenzial (World Congress of Family) bzw. juristisches Kapital (European Center for Law and Justice) zur Verfügung.

Es dürfte mit dem Entschluss des Vatikans, eine Neuevangelisierung Europas betreiben zu wollen, zusammenhängen, dass ultrakatholische apostolische Bewegungen und Organisationen selbstbewusster auftreten. Problematisch an diesen Bewegungen sind nicht nur die überzogenen „Lebensschutz“- und Heteronormativitätsansprüche, sondern auch eine Verachtung für die Tugenden der Französischen Revolution, Freiheit – Gleichheit – Solidarität, denen die „Katholische Hierarchie“ und die entsprechenden Disziplinartugenden gegenübergestellt werden. Der überproportionale Anteil ultrakatholischer oder aber preußisch-evangelischer Funktionär_innen mit

einer Herkunft aus dem Adel oder gar Hochadel ist kaum zu übersehen und passt zu den Ungleichheitsforderungen. Gesellschaftsanalytisch bietet sich zur Beschreibung dieses Milieus der Begriff „Ungleichzeitigkeit“ von Ernst Bloch (Bloch 1985: 104–166) an.

Ähnlich sieht es mit Blick auf die landespolitischen Forderungen aus. Auch diese sind geprägt von einem Geist der Ungleichheit und Disziplinierung. Wenn die Rede von Familienpolitik ist, ist eine nationale Bevölkerungspolitik im Sinne der gutverdienenden deutschen Mittelschicht gemeint, der „funktionierenden“ „Mehrheit“. Nichtdeutsche Familien, Patchwork- oder Regenbogenfamilien, Alleinerziehende und finanziell schwache Familien hätten das Nachsehen. Die überraschende Aggressivität, mit der Gender-Studies und vor allem die gleichgeschlechtliche Ehe und eine Sexualpädagogik der Vielfalt angegriffen werden, ließe sich mit Michel Foucaults Ausführungen in *Sexualität und Wahrheit* Band 1: *Der Wille zu Wissen* erklären. Demnach kommt der Sexualität in seiner heutigen Form eine Scharnierfunktion zwischen bürgerlicher Familie und bürgerlichem Nationalstaat zu. In Zeiten der Wirtschaftskrise kann eine durch Deklassierungsängste ausgelöste Flucht ins Autoritäre/Destruktive/Konforme attraktiv werden, wie sie Erich Fromm 1941 beschrieb. Empirisch wurde jüngst eine „Verrohung“ des Bürgertums ausgemacht (Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit), womit genau die Sarrazin-Leser_innenschaft gemeint ist, die die AfD als Partei vor Ort aufbaut. Nach Fromm war in den 1930er Jahren die Flucht des Mittelstandes in die Verrohung nicht nur bedingt durch finanzielle Sorgen, sondern vor allem durch das Schwanken des Bollwerks der Sicherheit: die Familie. Als sogenannte „Keimzelle der Nation“ bietet die Familie gleichzeitig geschlechtliche und nationale Identität. Und auch diese Gruppe, den Mittelstand, sah Bloch in der Position der Ungleichzeitigkeit, mit starken Tendenzen der Rückwärtsgewandheit.

Schließlich ist noch eine dritte Gruppe zu nennen, die einen Beitrag zur Entstehung der AfD leistet: die Verbände der Familienunternehmen, auch wenn sie keinen aktiven Anteil an der Gründung der AfD hatten. Seit 2010 wurde eine Spaltung der Interessen verschiedener Kapitalfraktionen deutlich. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) befürwortete den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für notwendig, im Gegensatz zu den Verbänden der Familienunternehmen. Interventionen der Familienunternehmensverbände bei der CDU/CSU blieben genauso wirkungslos wie eine Mitgliederbefragung in der FDP. Das heißt, die Familienunternehmensverbände hatten in dieser Frage keine explizite parlamentarische Vertretung. Neoliberale Volkswirtschaftsprofessoren erkannten dieses Vakuum und gründeten eine neue Partei: die AfD. Es wird sich zeigen, wie stark sich die Familienunternehmensverbände nun auch finanziell in der AfD engagieren werden. Der

Familienunternehmer August von Finck hat bereits die Vorgängerpartei der AfD, die rechtspopulistische Anti-Euro-Partei Bund Freier Bürger, mit sechs Millionen DM und eine Kampagne vom BürgerKonvent (der jetzt in das Kampagnen-Netzwerk der Zivilen Koalition eingebunden ist) mit ebenfalls sechs Millionen Euro unterstützt. Bernd Lucke war ein gern gesehener Gast bei den diversen Kongressen der Familienunternehmensverbände. Da sich diese Verbände und die einzelnen Unternehmen bereits über Familie definieren, wäre es sinnvoll, die familienpolitischen Positionen dieser Kapitalfraktion zu untersuchen.

Da der Familialismus der AfD nicht einfach auf einer rationalen Betrachtungsweise beruht, sind antifeministische Abwehrhaltungen, wie sie sich in der Anti-PC-Strategie zeigen (die vom US-amerikanischen Präsidenten Bush senior bis zum russischen Präsidenten Putin reicht), besonders wirkmächtig. Interessanterweise wird sich hier die emanzipatorische Kritik der letzten 150 Jahre, die sich gegen Spießertum, Korrekionsverhalten und Rückschrittlichkeit wandte, formal angeeignet. Der Spieß wird sozusagen umgedreht, emanzipatorische Kritik wird ihrer Inhalte entleert und als spießig, korrekt und rückschrittlich (zurück in die 1970er bzw. in den Realsozialismus) dargestellt (vgl. Kemper 2014). Bestandteil dieser Anti-PC-Kampagne sind dann sogenannte Hoaxes, Falschmeldungen, die massenhaft verbreitet werden. Zu dieser Anti-PC-Abwehrstrategie gehört auch die Verschleierung der eigenen Interessen. So ist von den antifeministischen Protagonistinnen Birgit Kelle und Beatrix von Storch nicht in der Allgemeinheit bekannt, dass sie mit apostolischen Ultrakatholiken zusammenarbeiten, die mit Heiligenverehrung und katholischer Hierarchie genau das „Gutmenschentum“ und den „Korrekzionismus“ einfordern, welches formal mit der Anti-PC-Strategie bekämpft wird.

Da die AfD über die Zivile Koalition in ein europäisches familialistisches Netzwerk eingebunden ist, muss auch eine emanzipatorische Politik europaweit vernetzt sein, wenn sie wirkmächtig sein will. Kampagnen-Netzwerke wie das der Zivilen Koalition finden sich auch in Spanien („CitizenGo“). Neil Datta erklärte sich den Erfolg der auf Massen-Mail beruhenden Kampagnen von Zivile Koalition und CitizenGo mit einem Schock-Effekt: „If you have a big cannon, the first [time] you shoot it, everybody runs away scared“ (zit. n. Feder 2014). In den Vereinigten Staaten sind diese Kampagnen bereits vertrauter. Man spricht dort von „Astro-Turfing“, einer „Kunst-Rasen-Bewegung“, die eine mächtige Graswurzelbewegung simuliert. Begleitet werden diese „Kanonen-Schüsse“ mit einem sprachlich enttabuierten Kommentargewitter zu Internet-Artikeln, deren entgrenzte Hass-Sprache tatsächlich verletzend ist und einschüchtert (Rosenbrock 2012). Emanzipatorische Aufklärung über Handlungsmöglichkeiten zu Astro-Turfing, Hate-Speech und Anti-PC-Strategien müssten auf europäischer Ebene stattfinden.

GLOSSAR

- **Aktion SOS Leben:** Die Initiative wurde im Dezember 1990 gegründet, um eine Liberalisierung und Legalisierung der Abtreibung zu verhindern; es ist eine Initiative der → DVCK
- **AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie:** christlich-konservative Klein-Partei; Mitglied der Europapartei → Europäische Christliche Politische Bewegung; Spitzenkandidatin bei den Europaparlamentswahlen 2014 war → Christa Meves, sie errang jedoch kein Mandat.
- **Faridah Belghoul:** beteiligt an den französischen Protesten gegen die Homo-Ehe; organisierte Schulboykotts gegen Sexualaufklärung „Journée de Retrait de l'École“, wodurch ein Bündnis zwischen Katholik_innen und Muslim_innen hergestellt wurde; besuchte zusammen mit → Beatrice Bourges die Demonstration der → Besorgten Eltern NRW in Köln, um die Proteste zu internationalisieren.
- **Besorgte Eltern NRW:** Initiative gegen Sexualaufklärung an Schulen
- **Michael Bommers:** Katholischer Familienunternehmer, zuständig für die Arbeitsgruppe „Spiritualität“ im → Bund Katholischer Unternehmer. Arbeitet sowohl mit den → Legionären Christi als auch mit dem Ehepaar → Birgit Kelle und Klaus Kelle zusammen.
- **Béatrice Bourges:** Vorstand der rechten Organisation → Printemps Français („Französischer Frühling“); Bourges organisierte die → Le Manif pour Tous („Demo für alle“), musste aber den Vorstand verlassen, weil sie zu radikal war. Bourges nahm sowohl an → Jürgen Elsässers Veranstaltung „Für die Zukunft der Familie“ in Leipzig teil als auch an der Demonstration der → Besorgten Eltern NRW.
- **Bund katholischer Unternehmer:** ein 1949 gegründeter Interessenverband; erster Geschäftsführer war Wilfried Schreiber, der das deutsche Rentenmodell entwickelte; Schreiber entwickelte das → Kinderrentenmodell, welches → Frauke Petry von der AfD Sachsen gerne einführen würde; die Arbeitsgruppe „Spiritualität“ leitet → Michael Bommers.
- **Allan Carlson:** gründete das Netzwerk → World Congress of Family
- **Aymeric Chauprade:** französischer Politikwissenschaftler; Spitzenkandidat der Front National bei den Europawahlen; Dozent am → Institut de la Démocratie et de la Coopération

- **CitizenGo:** internationales Kampagnennetzwerk mit Sitz in Spanien; gegründet von → Ignacio Arsuaga; hostete 2012 den Kongress → World Congress of Family auf seiner Seite; unterstützte über die Grenze → Le Manif pour Tous in Frankreich; CitizenGo hat als eine der ersten Gruppen gegen den → Estrela-Bericht opponiert. Gegründet von Ignacio Arsuaga. Der Stiftungsrat setzt sich aus Ignacio Arsuaga, Walter Hintz, und Blanca Escobar zusammen. Der CEO ist Álvaro Zulueta.
- **Civitas:** ein katholischer Verein, der der Pius-Brüderschaft nahesteht; beteiligt sich an → Le Manif pour Tous; Civitas München bietet auf der Website Unterstützung für Aktionen (Demonstrationen etc.) an, wenn diese zur Verteidigung Jesu Christi dienen.
- **Deutsche Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum e.V. (TFP):** die deutsche Gesellschaft der → Vereinigungen zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum; Erster Vorsitzender ist → Mathias von Gersdorf; weitere Mitglieder: → Paul Herzog von Oldenburg; die TFP Deutschland hat ihren Sitz in Bad Homburg.
- **Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur (DVCK):** Diese Gruppe kämpft für die Wiederherstellung der christlichen Zivilisation; sie leitet die Initiativen → Kinder in Gefahr und → Aktion SOS Leben; Vorsitzender ist → Benno Hofschulte; die DVCK hat ihren Sitz in Bad Homburg.
- **DVCK:** → Deutsche Vereinigung für eine Christliche Kultur
- **ECR:** → Europäische Konservative und Reformisten
- **Jürgen Elsässer:** Redakteur des Compact-Magazins; AfD-Sympathisant; Organisator der Veranstaltung → Für die Zukunft der Familie.
- **Europa Christiania:** → Föderation Pro Europa Christiania
- **Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM):** christlich orientierte Europapartei; gehört zur Fraktion → Europäische Konservative und Reformisten; deutsche Mitglieder sind die → AUF und die Partei Bibeltreuer Christen.
- **Europäische Konservative und Reformisten (ECR):** Fraktion im Europa-Parlament mit konservativer Ausrichtung; aus Deutschland sitzen die Alternative für Deutschland und die Familienpartei in der ECR.
- **FAFCE:** Föderation der katholischen Familienverbände in Europa; wurde 1997 gegründet
- **Familie und der Schutz des Kindes:** interfraktionelle EU-Gruppe, gegründet von → Maria Panayotopoulos-Cassiotou am 16.12.2004 mit Unterstützung der Fraktionen → PPE-DE, → IND/DEM, → UEN
- **Familie, Kinderrechte, Solidarität zwischen den Generationen, aktives Altern und demographische Zukunft Europas:** interfraktionelle EU-Gruppe
- **Familien-Partei Deutschlands:** deutsche Partei mit einem Sitz im Europa-Parlament (→ Arne Gericke); hat sich der → ECR im EU-Parlament angeschlossen
- **Family, Child Protection and Solidarity between Generations:** interfraktionelle Gruppe im Europäischen Parlament
- **Der Fels:** Monatszeitschrift des → Forums deutscher Katholiken. Zu den dezidiert antifeministischen Autor_innen zählen → Jürgen Liminski und → Christa Meves.
- **Fondazione Vite Nova:** „Lebensschutz“-Gruppe aus Italien. War an der Entstehung von → One of us beteiligt und trat als Sponsor (120.000 Euro) dieser europäischen Bürgerinitiative auf
- **Föderation Pro Europa Christiana (FPEC):** ein Zusammenschluss diverser christlich orientierter Organisationen in Europa: bspw. → DVCK (Deutschland), Stowarzyszenie Kultury Chrześcijańskiej Piotr Skarga (Polen), Fundacja Institut Edukacji Społecznej i Religijnej im. Ks. Piotra Skargi (Polen), Acção Família (Portugal), Avenir de la Culture (Frankreich), Tradition Famille Propriété (Frankreich), Droit de Naître (Frankreich), Luci sull'Est (Italien), SOS Ragazzi (Italien), Österreichische Jugend für eine Christlich-kulturelle Gemeinsamkeit innerhalb des Deutschsprachigen Raumes (Österreich); Präsident ist → Caio Xavier da Silveira; Leiter des Brüsseler Büros ist → Paul Herzog von Oldenburg
- **Force Vie:** französische Partei, die zu den Europaparlamentswahlen 2014 antrat, aber keine Sitze errang. Spitzenkandidaten waren u. a. → Tobias Teuscher und → Antoine Renard
- **Forum deutscher Katholiken:** Der Verein wurde 2000 als konservative Konkurrenz zum Zentralrat der deutschen Katholiken gegründet; das Forum gibt die Monatszeitschrift → Der Fels heraus.
- **FPEC:** → Föderation Pro Europa Christiana

- **Französischer Frühling:** → Printemps Français
- **Für die Zukunft der Familie:** zweite „Compact-Veranstaltung für Souveränität“ in Leipzig am 23.11.2013. Organisiert wurde die Veranstaltung von → Jürgen Elsässer und → Rodina Natalia Narochnitskaya, Leiterin des → Institut de la Démocratie et de la Coopération. Redner_innen waren Elena Misulina, Olga Batalina, Thilo Sarrazin, Bernhard Lassahn, Monika Ebeling, André Sikojev, → Béatrice Bourges
- **Mathias von Gernsdorff:** erster Vorsitzender der → TPF
- **Arne Gericke:** Europaabgeordneter der → Familien-Partei Deutschlands
- **Julie Girling:** MdEP Conservative Party
- **HazteOír:** ein spanisches Kampagnen-Netzwerk nach US-amerikanischen Vorbildern. Wurde 2001 gegründet und organisierte ab 2010 hunderttausende Menschen gegen eine Liberalisierung der restriktiven Schwangerschaftsabbruchsgesetze in Spanien.
- **Das Herz Jesu Apostolat für die Zukunft der Familie:** eine apostolische Kampagne von → der Deutschen Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum e.V. (TFP); Leiter der Kampagne ist → Paul Herzog von Oldenburg; Ziel sei die Errichtung des „sozialen Königreiches des Heiligsten Herzens Jesu“. Als Mittel versuche diese „Inthronisation [der] Familie, die konstituierende Zelle der Gesellschaft, zu regenerieren“.
- **Benno Hofschulte:** Vorsitzender der → DVCK
- **Institut de la Démocratie et de la Coopération (IDC):** ein mit russischen Spendengeldern finanziertes Institut in Frankreich. Es wird geleitet von → Rodina Natalia Narochnitskaya; zu den Dozenten zählen Mitglieder der rechtsextremen Front National, wie z. B. → Aymeric Chauprade
- **Birgit Kelle:** Vorsitzende von → Frau 2000plus. Seit 2010 Vorstandsmitglied von → New Women For Europe (NWFE)
- **Kinder in Gefahr:** ist eine 1993 gegründete katholische Initiative der → Deutschen Vereinigung für eine Christliche Kultur e.V. (DVCK); sie betreiben die Online-Seite → Kultur und Medien Online; die Initiative problematisiert z. B. Satanismus, liberale Abtreibungsgesetze, „Sexualisierung der Kindheit“ und das „Massaker der Kindheit“ durch die Zeitschrift „Bravo“.
- **Kinderrente:** ein Modell, welches Wilfried Schreiber 1956 als Präsident des → Bundes Katholischer Unternehmer entwickelte: statt eines gleichen Kindergeldes erhalten die Eltern sechs bis acht Prozent vom Einkommen als Zuschuss aus der Kinderrentenkasse. In diese müssen die Heranwachsenden ab dem 35. Lebensjahr einzahlen, in Abhängigkeit ihres aktuellen Einkommens und der eigenen Kinderzahl (sechs Kinder: keine Einzahlung; keine Kinder: doppelte Einzahlung)
- **Kultur und Medien Online:** Online-Seite von → Kinder in Gefahr
- **„Le Manif pour Tous“ („Demo für alle“):** Demonstrationen in Frankreich gegen die „Ehe für alle“; die Sprecherin ist → Ludovine de la Rochere; eine weitere Gründerin ist → Béatrice Bourges – sie durfte nicht mehr als Sprecherin auftreten, weil sie zu radikal war, und gründete daraufhin → Printemps Français.
- **Marine LePen:** Chefin der rechtsextremen französischen Partei Front National; Tochter des Gründers der Front National
- **Jürgen Liminski:** Redakteur/Moderator beim Deutschlandfunk; Mitglied im → Opus Dei; Geschäftsführer beim → I-DAF
- **Christa Meves:** katholisch-antifeministische Therapeutin; 2014 bei den Europaparlamentswahlen Spitzenkandidatin der Partei → AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie; aktiv beim → Familiennetzwerk.
- **Elena Misulina:** Autorin des russischen Gesetzes gegen „Homopropaganda“; nahm an der Veranstaltung → Für die Zukunft der Familie teil.
- **Rodina Natalia Narochnitskaya:** ehemalige russische Abgeordnete. Leitet jetzt in Frankreich das → Institut de la Démocratie et de la Coopération. Sie lud → Béatrice Bourges zu einem Vortrag zum Thema „Verteidigung der Familie“ ein. Zudem organisierte sie zusammen mit → Jürgen Elsässers die Veranstaltung → Für die Zukunft der Familie.
- **New Women for Europe (NWFE):** Dieser europäische Dachverband vertritt nach eigenen Angaben über 100 Frauenorganisationen aus ganz Europa mit einer Mitgliederzahl von über einer halben Million Frauen; Beraterstatus am Europäischen Parlament.
- **Paul von Oldenburg:** Paul von Oldenburg ist Leiter des Brüsseler Büros → Föderation pro Europa Christiania; Mitglied in der deutschen Gesellschaft der → TPF; Cousin von → Beatrix von Storch

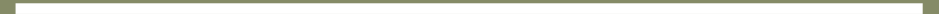
- **Plinio Correa de Oliveira:** „geistiger Vater“ von ultrakatholischen Verbänden wie den → Vereinigungen zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum, deren erste Gruppe er 1960 in Brasilien gründete
- **One of Us – Einer von uns:** Europäische Bürgerinitiative; Vertreter: → Tobias Teuscher
- **Maria Panayotopoulos-Cassiotou:** Nea Dimokratia (Greece); Group of the → European People's Party (Christian Democrats) and → European Democrats-Member
- **Frauke Petry:** Vorstand der Bundes-AfD (zusammen mit Bernd Lucke und Konrad Adam); Landesvorstand Sachsen der AfD und MdL Sachsen; Petry forderte einen bundesweiten Volksentscheid zur Verschärfung der Abtreibungsgesetze, um die bevölkerungspolitische Drei-Kinder-Familie umsetzen zu können; sie vertritt das → Kinderrentenmodell
- **Printemps Français:** Nationalkonservative französische Organisation; Leiterin ist → Béatrice Bourges
- **Grégor Puppinck:** General-Direktor des → European Centre for Law and Justice (ECLJ); Präsident des Europäischen Komitees der ECI → Oneofus
- **Antoine Renard:** Vorsitz der → FAFCE Föderation der Katholischen Familienverbände; Spitzenkandidat der → Force Vie.
- **Ludovine de la Rochere:** Sprecherin der französischen Bewegung → „Demo für alle“
- **Dana Scallon:** Irisch-US-amerikanische EU-Abgeordnete; Abtreibungsgegnerin; → Tobias Teuscher arbeitete als ihr Assistent
- **Caio Xavier da Silveira:** Präsident von → Föderation pro Europa Christiania; er gründete zusammen mit Plinio Corrêa de Oliveira 1960 in Brasilien die erste → Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP)
- **Beatrix von Storch:** AfD-Europaabgeordnete; Beatrix von Storch gründete zusammen mit ihrem Ehemann Sven von Storch das Kampagnennetzwerk → Zivile Koalition e.V.; Beatrix von Storch ist die Cousine von → Paul von Oldenburg
- **Tobias Teuscher:** Tobias Teuscher trat für die französische Partei → Force Vie zu den EU-Parlamentswahlen an. Er war im Europäischen Parlament Assistent für die antifeministischen Parlamentarierinnen → Dana Scallon (Irland) und → Anna

Zaborska (Slowakei). Teuscher ist im Europa-Parlament Vertreter für die europäische Bürgerinitiative → One of Us – Einer von uns

- **TFP:** → Vereinigungen zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum; → Deutsche Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum e.V.
- **Vereinigungen zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum (TFP):** Die erste Gruppe TFP wurde 1960 in Brasilien von Plinio Corrêa de Oliveira gegründet, der sich gegen die Bodenreform aussprach und in scharfer Opposition zum Linkskatholizismus stand; die TFP sammelte 1990 über fünf Millionen Unterschriften für die Unabhängigkeit des katholisch beeinflussten Litauens, was bis dahin die umfangreichste Unterschriftenaktion gewesen war; die TFP ist gegen Gleichheit, tritt für die „Katholische Hierarchie“ ein und sympathisiert mit aristokratischen Ideen, sie beteiligt sich weltweit an den „Märschen für das Leben“ und ist heteronormativ; bekannte Vertreter in Deutschland sind Mathias von Gernsdorff und → Paul von Oldenburg, europäischer Koordinator von TFP ist → Caio Xavier da Silveira
- **Jadwiga Wisniewska:** Mitglied von → PIS (Polen)
- **World Congress of Family (WCF):** ein internationales familialistisches Netzwerk; bislang gab es sieben Kongresse, die letzten drei waren in Warschau, Amsterdam und Madrid; die Kongresse führen nach eigenen Angaben Aktivist_innen aus über achtzig Staaten zusammen, die die Restauration der „natürlichen Familie“ als Fundament der Gesellschaft anstreben; WCF wurde 1997 von Allan Carlson gegründet und ist ein Projekt des „The Howard Center for Family, Religion & Society“ in Illionis.
- **Anna Záborská:** Slowakei, MEP; Partei → Kresťanskodemokratické hnutie (KDH, christlich-demokratische Bewegung); Leitung der interfraktionellen EU-Gruppe → „Familie, Kinderrechte, Solidarität zwischen den Generationen, aktives Altern und demographische Zukunft Europas“: Gegen den → Estrela-Bericht wandte sie ein: „Wie läuft denn ein tabufreier und interaktiver Sexualkundeunterricht zwischen Lehrer und Schüler in einer Grund- oder Sekundarschule ohne das Einverständnis der Eltern ab? Ist das nicht ein Freibrief für Pädophilie mit dem Gütesiegel der [sic] Europa-Parlaments?“
- **Jana ŽITNANSKÁ:** Slovak New Majority (Nová väčšina – NOVA) (Slowakei)



LITERATUR



- **AfD Bundesvorstand 2014:** Statements der Spitzenkandidaten der Alternative für Deutschland in der Pressekonferenz vom 30. Juli 2014, Berlin, 31. Juli 2014, URL: <https://www.alternativefuer.de/statements-der-spitzenkandidaten-der-alternative-fuer-deutschland-der-pressekonferenz-vom-30-juli-2014/>
- **AfD Sachsen 2014:** Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Sachsen zur Landtagswahl am 31. August 2014. Langfassung, Dresden, URL: http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf
- **AfD Thüringen 2014:** Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl am 14. September 2014, Erfurt, URL: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thuringen_Wahlprogramm.pdf
- **Beverfoerde, Hedwig von 2014:** Kandidatenbefragung zur Europawahl: „Europäische Grundsätze zu Familien und Kindern“, in: Familien-schutz.de vom 15.05.2014, URL: <http://www.familien-schutz.de/kandidatenbefragung-zur-europawahl-europaische-grundsätze-fur-familie-und-kinder/>
- **Beverfoerde, Hedwig von 2014b:** Wen sollten Familien wählen? Ergebnis unserer Befragung „Grundsätze für Familien und Kinder“, in: Familien-schutz.de vom 23.05.2014, URL: <http://www.familien-schutz.de/wen-sollten-familien-wahlen-ergebnis-unserer-kandidatenbefragung-%E2%80%9Egrundsätze-fur-familie-und-kinder/>
- **Bloch, Ernst 1985:** Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt a. M.
- **Blue, Miranda 2014:** Religious Right ‚Freedom And Liberty‘ Group ACLJ Backed Russian ‚Gay Propaganda‘ And Blasphemy Bans , in: Right Wing Watch, 19.05.2014 URL: <http://www.rightwingwatch.org/content/religious-right-freedom-and-liberty-group-aclj-backed-russian-gay-propaganda-and-blasphemy-b>
- **Brandner, Stephan 2014:** Bundespressekonferenz der AfD, Björn Höcke: “Mut zur Meinungsfreiheit”. PM der AfD Thüringen vom 31.07.2014, Erlangen, URL: <http://afd-thueringen.de/2014/07/bundespressekonferenz-der-afd-bjoern-hoecke-mut-zur-meinungsfreiheit/>
- **Biuro Prasowe PiS w Parlamensie Euroejskim 2006:** Prawa reprodukcyjne – fakty, nie ideologia! Pierswsua konferencja pro-life w Parlamencie Europejskim, Bruksela, 1 marca 2006, URL: http://www.fidelitas.pl/pliki/pro-life_pe_8_marca_2006.pdf
- **CARE für Europa 2014:** Wer wir sind, in: Website von CARE für Europa, URL:

http://careforeurope.org/?page_id=31&lang=de

- **CARE for Europe 2014:** Bioethics Issues and the EU Elections, in: Website The EU-Elections 2014 – A Care for Europe Initiative, URL: <http://www.euelections2014.net/bioethics-issues-eu-elections/>
- **Claus, Robert 2014:** Maskulismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin URL: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10861.pdf>
- **Der Standard 2014:** Buttersäureangriff auf Lunacek: Hinweise auf Täter eingegangen, Der Standard-Online vom 16. Juni 2014, URL: <http://derstandard.at/2000002027712/Buttersaeureangriff-auf-Ulrike-Lunacek>
- **Die Freie Welt 2013:** Skandal um ›Estrela-Bericht‹. Erfolg von EINER VON UNS – vom WDR diffamiert, FreieWelt.net vom 28.10.2013, URL: <http://www.freiewelt.net/reportage/erfolg-von-einer-von-uns-vom-wdr-diffamiert-10014383/>
- **ECR-Coordinators 2014, PDF auf der Website der ECRGruppe, URL:** <http://ecrgroup.eu/wp-content/uploads/2011/02/ECR-Coordinators-2014.pdf>
- **Eibl, Franz 2014:** Rücktritt als Bezirksvorsitzender und Pressesprecher und Austritt aus der AfD, URL: Rücktritt als Bezirksvorsitzender und Pressesprecher und Austritt aus der AfD.
- **Ernst, Cornelia 2013:** Stellungnahme von Cornelia Ernst zum Estrela-Bericht „Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte“, in: Website Die Linke. Im Europa-Parlament vom 18.10.2013, URL: <http://www.dielinke-europa.eu/article/8743.stellungnahme-von-cornelia-ernst-zum-estrela-bericht-bericht-ueber-sexuelle-und-reproduktive-gesundheit-und-die-damit-verbundenen-rechte.html>
- **Europäische Kommission 2014:** Mitteilung der Kommission über die europäische Bürgerinitiative „Eine von uns“, Brüssel, den 28.5.2014, URL: <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2014/DE/1-2014-355-DE-F1-1.Pdf>
- **Europa-Parlament 2002:** Bericht über Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, Website des Europa-Parlaments, 3. Juli 2002, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P5-TA-2002-0359+0+DOC+XML+V0//DE>

- **Europa-Parlament 2013:** Entwurf eines Berichts über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, Website des Europa-Parlaments, 3. Dezember 2013, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0426+0+DOC+XML+V0//DE#title3>
- **Ewert, Burkhard (2014):** „Überleben des eigenen Volkes sicherstellen“ AfD: Petry will Volksentscheid über Abtreibung, in: Neue Osnabrücker Zeitung vom 21.08.2014, URL: <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/500073/afd-petry-will-volksentscheid-uber-abtreibung>
- **Feder, J. Lester:** The Rise Of Europe’s Religious Right, in: BuzzFeed News, 28.07.2014, URL: <http://www.buzzfeed.com/lesterfeder/the-rise-of-europes-religious-right#r6ck52>
- **Fülbeck, Tobias 2014:** Kampf gegen Homophobie in Europa: EU-Parlamentarier lässt Shitstorm unbeeindruckt – Zustimmung für Lunacek-Bericht, in: Huffington Post vom 04.02.2014, URL: http://www.huffingtonpost.de/2014/02/04/lunacek-homophobie-eu-parlament_n_4722657.html
- **Für die Zukunft der Familie! 2. COMPACT-Konferenz für Souveränität | 2013:** URL: <https://www.compact-online.de/compact-konferenz/>
- **Gesterkamp, Thomas 2010:** Geschlechterkampf von rechts. Wie Männerrechtler und Familienfundamentalisten sich gegen das Feindbild Feminismus radikalieren. Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung (= Wiso-Diskurs). Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Arbeitsbereich Frauen- und Geschlechterforschung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn URL: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07054.pdf>
- **Höcke, Björn 2014:** Zehn Thesen für den Freistaat Thüringen, URL: <http://afd-thueringen.de/2014/06/10-thesen-fuer-den-freistaat-thueringen/>
- **Hoheisel, Miriam/Baer, Susanne 2008:** Unterschiedliche Traditionen – Ähnliche Herausforderungen. Gleichstellungspolitiken in einem erweiterten Europa. Eine Einleitung, URL: http://www.genderkompetenz.info/w/files/gkompzpdf/hoheisel_baer_einleitung_2008.pdf

- **Holz, Gerda/Laubstein, Claudia/Sthamer, Evelyn (2012):** Lebenslagen und Zukunftschancen von (armen) Kindern und Jugendlichen in Deutschland. 15 Jahre AWO-ISS-Studie, Frankfurt a. M., URL: http://www.iss-ffm.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/AWO-ISS_Kooperation/15_Jahre_AWO-ISS-webversion.pdf
- **Jakob, Christian 2014:** Hass und Heteronormativität, in: Jungle World Nr. 30 vom 24.07.2014, URL: <http://jungle-world.com/artikel/2014/30/50269.html>
- **Jana Jamborová 2009:** „Who do our children belong to or do we want the best for the smallest and the weakest?“, Prague, 6th February 2009, URL: http://www.mpsv.cz/files/clanky/6626/27_Jana_Jamborova_CZ.ppt
- **Kantola, Johanna/Nousiainen, Kevät 2012:** The European Union: Initiator of a New European Anti-Discrimination Regime?, in: Andrea Krizsan, Hege Skjeie, Judith Squires (Hg.) 2012: Institutionalizing Intersectionality. The Changing Nature of European Equality Regimes, London, S. 33 – 58.
- **Kemper, Andreas 2013:** Maskulismus als Virtualität. Breiviks Antifeminismus, in: Kemper, Andreas (Hg.) 2013: Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster, S. 101 – 120.
- **Kemper, Andreas 2014:** »Keimzelle der Nation«? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD und mögliche Verstrickungen mit den radikalen Abtreibungsgegner_innen, Berlin.
- **Langer, Annette 2013:** Treffen von Rechtspopulisten: „Ich habe selbst einige homosexuelle Freunde“, in: Spiegel-Online vom 06.09.2013, URL: <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/gegner-der-homo-ehe-compact-magazin-laedt-nach-leipzig-a-920703.html>
- **Lichtzeichen 2004:** Von Samenkörnern, die sich entfalten. Zwei Jahre „Lichtzeichen e.V.“, in: Website von Schönstatt. Apostolische Bewegung, 10.10.2004 <http://www.archiv.schoenstatt.de/news2004/10oktober/4t1064de-d---lichtzeichen-be-richt.htm>
- **Liminski, Jürgen 2004:** Land ohne Hoffnung? Anmerkungen zur Allensbach-Studie über die Kinderlosigkeit der Deutschen, in: Der Fels 11/2004, Kaufering S. 322 – 324.
- **Meiritz, Annett/Schmitz, Gregor Peter:** EU-Bürgerbegehren: Kulturkampf um den Keim des Lebens, in: Spiegel-Online vom 17.04.2014 URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/abtreibungsgegner-im-europa-wahlkampf-konservativer-populismus-a-964402.html>
- **Lunacek, Ulrike 2014:** Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem EU-Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (2013/2183(INI), EU-Bericht vom 08.01.2014, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2014-0009+0+DOC+XML+V0//DE>
- **Nardi, Giuseppe (2014):** Europawahl: „Keine falschen Kompromisse“ – Christen haben eine Wahl – Gespräch mit Tobias Teuscher, in: Katholisches Info. Magazin für Kirche und Kultur vom 12.05.2014, URL: <http://www.katholisches.info/2014/05/12/europawahl-keine-falschen-kompromisse-christen-haben-eine-wahl-gespraech-mit-tobias-teuscher/>
- **Oldenburg, Paul 2014:** Facebook-Eintrag vom 23. September 2014, URL: <https://www.facebook.com/paul.oldenburg.96/posts/29912034027490>
- **Oliveira, Plinio Corrêa de (2014):** Die homosexuelle Revolution, in: Katholisches Info – Magazin für Kirche und Kultur vom 14. Juni 2014, URL: <http://www.katholisches.info/2014/06/04/die-homosexuelle-revolution/>
- **Orzessek, Arno 2014:** Intim-Terror an Schulen. Warum Eltern manchmal verklemmte Spießler sein dürfen, in: Deutschlandfunk Kultur vom 26.04.2014, URL: http://www.deutschlandradiokultur.de/aus-den-feuilletons-intim-terror-an-schulen.1059.de.html?dram:article_id=283797
- **Petry, Frauke 2014:** Interview mit der Jungen Freiheit
- **Spiegel-Online 2008:** Madrid: Hunderttausende bei Messe gegen Abtreibung und Homo-Ehe, in: Spiegel-Online vom 28.12.2008 URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/madrid-hunderttausende-bei-messe-gegen-abtreibung-und-homo-ehe-a-598582.html>
- **Preußen, Philip Kiril von 2012:** „Das wäre die Krönung“ – Interview in Christ & Welt, Ausgabe 12/ 2012, URL: <http://www.christundwelt.de/detail/artikel/das-waere-die-kroenung/>

- **Putin, Wladimir 2013:** „Exzesse von Politkorrektheit führen Westen zum Verfall“, teilweise Wiedergabe einer Rede von Wladimir Putin, Website von RIA Nowosti vom 19.09.2013, URL: <http://de.ria.ru/politics/20130919/266911559.html>
- **Rosenbrock, Hinrich 2012:** Die antifeministische Männerrechtsbewegung – Denkweisen, Netzwerke und Onlinemobilisierung. Hrsg: Heinrich-Böll-Stiftung, Bonn, URL: <http://www.gwi-boell.de/de/2013/11/20/die-antifeministische-m%C3%A4nnerrechtsbewegung-%E2%80%93-denkweisen-netzwerke-und-onlinemobilisierung>
- **Rosenbrock, Hinrich 2012:** Hate Speech: Hass als Emotion und Strategie, in: Andreas Kemper (Hrsg.) 2012: Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster, S. 139 – 145.
- **Sanders, Eike/Jentsch, Ulli/Hansen, Felix 2014:** „Deutschland treibt sich ab“. Organisierter „Lebensschutz“ – Christlicher Fundamentalismus – Antifeminismus, Münster.
- **Schaeffer-Hegel, Barbara 1996:** Säulen des Patriarchats. Zur Kritik patriarchaler Konzepte von Wissenschaft – Weiblichkeit – Sexualität und Macht, Pfaffenweiler.
- **Solimeo, Gustavo A. 2014:** Die Diktatur der Gleichheit – und die katholische Alternative. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Volker Joseph Jordan M. A., Website der TFP Deutschland – Deutsche Gesellschaft zum Schutz von Familie, Tradition und Privateigentum e.V. URL: http://www.tfp-deutschland.de/hintergrund%20text/hg_1.html
- **Sonderreise zum Marsch für das Leben, 19. – 21.09.2014, Website Rag’s Domspatz, URL:** <http://www.raggs-domspatz.de/angebote/reisen/reisen.13/index.html>
- **Spiegel-Online 2009:** Madrid: Millionenprotest in Madrid: Liberales Abtreibungsgesetz erzürnt spanische Katholiken, in: Spiegel-Online vom 17.10.2009 URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/millionenprotest-in-madrid-liberales-abtreibungsgesetz-erzuernt-spanische-katholiken-a-655788.html>
- **taz.de 2013:** Demo gegen Homo-Ehe in Frankreich. Randalen bei Massenprotest, in: taz.de vom 27.05.2013, URL: <http://www.taz.de/116917/>
- **Vorstand DGS 2014:** Erklärung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) zu aktuellen Kampagnen der Diskreditierung und Diffamierung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, in: Website der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 23. Juli 2014, URL: <http://www.soziologie.de/de/nc/aktuell/meldungen-archiv/aktuelles-singleview/archive/2014/07/23/article/erklaerung-der-deutschen-gesellschaft-fuer-soziologie-dgs-zu-aktuellen-kampagnen-der-diskreditieru.html>
- **Weber, Christian 2014:** Was sie noch nie über Sex wissen wollten, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.04.2014.
- **Wiegel, Michaela 2014:** Front National. Mit Putin die christliche Zivilisation retten, in: faz.net vom 22.05.2014, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/front-national-mit-putin-die-christliche-zivilisation-retten-12953533.html>
- **WikiMANNia 2014:** Kommentar zu Georg Alfes „Sachlich auseinandergesetzt“, in: Freie Welt, 29. Juli 2014 um 21:26 <http://www.freiewelt.net/reportage/sachlich-auseinandergesetzt-10037866/#comment-406273>
- **Woller, Hans 2014:** Tea-Party in Frankreich. Der Kulturkampf um die Homoehe. Dossier beim Deutschlandfunk vom 01.08.2014, URL: <http://www.deutschlandfunk.de/tea-party-in-frankreich-der-kulturkampf-um-die-homoehe-text.media.17b1f86815b71168fc19b821a48a2765.txt>
- **World Congress of Families News 2014:** Vol. 8/ Nr. 2, März/April 2014, URL: http://worldcongress.org/files/8913/9715/2397/WCF_March_2014.pdf

ÜBER DEN AUTOR

Andreas Kemper, Soziologe, forscht schwerpunktmäßig zu klassenbezogenen Diskriminierungen (*Klassismus 2009*), hierzu arbeitet er auch im Rahmen einer Doktorarbeit. Er analysierte den organisierten Antifeminismus (*Rechte Kerle 2011, Die Maskulisten 2012*), sowie die Partei Alternative für Deutschland (*Reche Euro-Rebellion 2013*). Aktuell setzt er sich mit Sarrazins Forderungen nach Menschen- und Bevölkerungskorrekturen auseinander (*Sarrazins Correctness 2014*). Diese Themen behandelt Andreas Kemper auch mit aktuellen Beiträgen auf seinem Blog <http://andreaskemper.wordpress.com> und in Vorträgen.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Autor: Andreas Kemper

Redaktion: Christina Schildmann / Bettina Luise Rürup • Friedrich-Ebert-Stiftung

Redaktionelle Betreuung: Doreen Mitzlaff • Friedrich-Ebert-Stiftung

Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2014 • Friedrich-Ebert-Stiftung

Forum Politik und Gesellschaft • www.fes.de
